

Corporate Compliance

Moosmayer / Lösler

4. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-80311-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Moosmayer/Lösler
Corporate Compliance



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Corporate Compliance

Handbuch der Haftungsvermeidung im Unternehmen

Herausgegeben von

Dr. Klaus Moosmayer

Chief Ethics, Risk & Compliance Officer und
Mitglied der Geschäftsleitung, Novartis, Basel

und

Dr. Thomas Lösler

Rechtsanwalt, München

4., überarbeitete und erweiterte Auflage 2024
des von

Dr. Christoph E. Hauschka
begründeten Werkes

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Moosmayer/Lösler Corporate Compliance/Bearbeiter § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 80311 6

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: L.E.G.O. S.p.A., Via Galileo Galilei, 11, Lavis, Italien

Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Die 4. Auflage gibt uns Anlass, dem Gründungsherausgeber Christoph E. Hauschka zu danken. Ohne seine Weitsicht und Initiative, gäbe es dieses Werk nicht. Er hat zu einer Zeit, als Compliance noch ein wissenschaftlich wie praktisch weitgehend unbearbeitetes Feld war, persönlich viele der bis heute dem Handbuch treu gebliebenen Autoren und Autorinnen gewonnen und frühzeitig einen echten „Meilenstein“ in der fundierten Behandlung der Compliance gesetzt. Nachdem wir die 2016 erschienene 3. Auflage bereits mit herausgeben durften, fühlen wir uns bei der von uns verantworteten 4. Auflage weiterhin der von Christoph E. Hauschka geprägten Grundstruktur verbunden: Eine ausgewogene Mischung aus Beiträgen zu Grundthemen der Compliance und darauf aufbauenden Kapiteln zu branchenspezifischen Regelungskomplexen. Aufgrund der weiterhin sehr dynamischen Fortentwicklung und haben wir in der Neuauflage die Gliederung neu strukturiert und eine Reihe von Beiträgen zu Themen aufgenommen, die uns aktuell wie perspektivisch von besonderer Bedeutung erscheinen. Auch unsere Einleitung wurde komplett neu überarbeitet und gibt einen gestrafften Überblick über den „Status Quo“ der Compliance (Thomas Lösler) sowie einen Ausblick in die Zukunft unter einem „Integrated Assurance“ Ansatz (Klaus Moosmayer). Wir hoffen, dass die 4. Auflage auch weiterhin in Wissenschaft und Praxis eine so gute Aufnahme findet wie ihre Voraufgaben und freuen uns über Rückmeldungen und Anregungen aus der Leserschaft.

Basel/München im März 2024

*Klaus Moosmayer
Thomas Lösler*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur ersten Auflage (2007)

„Um Recht zu tun in der Welt, braucht man nur sehr wenig zu wissen; allein um mit Sicherheit Unrecht tun zu können, muss man die Rechte studiert haben.“ sagte der Aphoristiker *Georg Christoph Lichtenberg* (1742–1799) – und so sollte es ja auch eigentlich sein. Ich habe mich persönlich bei den Corporate Governance Gesetzen der letzten Jahre (KonTrAG, TransPuG, UMAG u. a.) immer bemüht, das Recht vorhersehbar zu machen, keine Fallen zu stellen, Überraschungen für die Betroffenen zu vermeiden. Dennoch sehen sich Manager immer mehr umzingelt und verfolgt von Haftungs-, Schadensersatz- und Strafnormen aus dem Gesellschaftsrecht, dem Bilanzrecht, dem Umwelt- und Produkthaftungs-, dem Sozialversicherungs- und Kapitalmarktrecht und sogar dem Antidiskriminierungsrecht – um nur einige zu nennen. Im internationalen Konzern drohen nicht leicht zu überblickende ausländische Rechtsordnungen und auch dann, wenn man selbst alles richtig macht, wer weiß, was derweil die Mitarbeiter weltweit tun?

Es ist sehr gut verständlich, dass deshalb immer mehr Unternehmen ein Compliance-System einrichten, das die kritischen Normen erfasst und darüber wacht, dass sie eingehalten werden. Corporate Compliance dient, wie der Unter-Titel des Buches sehr zutreffend sagt, der Haftungs- und der Strafvermeidung für das Unternehmen und seine Organe. Sie dient der Prävention von Schadensfällen, der Schadensbegrenzung durch frühzeitige Aufdeckung einer Rechtsverletzung und der Erfüllung von Organisationspflichten. Sie dient damit der Minderung von Straf- und Haftungsrisiken und von Kurseinbrüchen durch Vertrauensverlust am Kapitalmarkt. Compliance ist also etwas völlig anderes, als die in den letzten Jahren in Mode gekommenen Programme und Kodices, wie „Value-Management“ und „Corporate Governance“, „Business-Ethics“, „Integrity-Codes“, „Codes of Conduct“ und „Corporate Social Responsibility“. Compliance-Systeme satteln nicht auf die vorhandenen Gesetze noch weitere Regeln auf. Die Systeme sind freiwillig und werden aus eigenem Interesse adaptiert.

Der Informationsbedarf nach Compliance ist groß. Gut, dass das Thema in diesem Werk von namhaften Autoren nach allen Seiten beleuchtet und in handlicher Form zwischen zwei Buchdeckeln abgehandelt wird.

MR Prof. Dr. *Ulrich Seibert*, Berlin¹

¹ Leiter des Referats Gesellschaftsrecht im Bundesministerium der Justiz und Lehrbeauftragter an der Juristischen Fakultät der Universität Düsseldorf.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

Sascha Apenburg

Rechtsanwalt, CCP, CFE, CAMS

Dr. Jeannine Bartmann, CIA

Global Head of Internal Audit, Allianz SE, München

Sebastian Beller LL.M. (Willamette)

Rechtsanwalt, Fachanwalt für internationales Wirtschaftsrecht und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Bad Homburg vor der Höhe

Christoph Besch

Rechtsanwalt und Steuerberater, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg

Dr. Tobias Brouwer

Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt), Abteilungsleiter Recht und Steuern, Compliance, Verband der Chemischen Industrie (VCI) e.V., Frankfurt a. M.

Dr. Rainer Buchert

Rechtsanwalt, Zertifizierter Datenschutzbeauftragter, Polizeipräsident u. Kriminaldirektor a. D., Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Christoph Buchert

Strafverteidiger, Stuttgart

Prof. Dr. Petra Buck-Heeb

Lehrstuhlinhaberin Lehrstuhl für Zivilrecht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht, Leibniz Universität Hannover

Dr. Konstantin von Busekist

Rechtsanwalt und Steuerberater, Managing Partner der KPMG Law Rechtsanwalts-gesellschaft, Leiter Global Compliance Practice und KPMG Law EMA Leader

Dr. jur. Jürgen Bürkle

Rechtsanwalt, BRP Renaud und Partner mbB, Stuttgart

Carsten Jochen Diercks

Rechtsanwalt, stellvertretender Vorsitzender der de'ge'pol Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e. V.

Achim Diergarten

Rechtsanwalt, Attenkirchen

Dr. Martin Dippel-Nissen, LL.M. (Tax)

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Steuerberater, Fachberater für Internationales Steuerrecht, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg

Jörg Dittrich, LL. M. oec.

Rechtsanwalt, Fachanwalt für gewerblichen Rechtsschutz, Fachanwalt für Informations-technologierecht, SCHLÖMER & SPERL Rechtsanwälte, Hamburg

Dr. Johannes Dittrich

Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt), Chief Compliance Officer, Vitesco Technologies AG, Regensburg/München

Dr. Dieter Drohmann

Managing Editor International Chemical Regulatory and Law Review,
CEO der Chemservice-Gruppe, Gersau, Schweiz.

Dr. Andreas Gilch, MBA

Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt), Chief Legal & People Officer,
DISH Digital Solutions GmbH (METRO), Düsseldorf

Dr. Philipp Grenzebach

Rechtsanwalt, Partner, McDermott Will & Emery Rechtsanwälte Steuerberater LLP,
Stuttgart

Dr. Armin Freiherr von Griebenbeck

Rechtsanwalt, München

Prof. Dr. Thomas Grütznert

Rechtsanwalt, Latham & Watkins LLP, München, Honorarprofessor Freie Universität
Berlin

Jan Hansen

Global Head Procurement & Real Estate Novartis

Dr. Stefan Heissner

Partner PricewaterhouseCoopers

Dr. Marie-Luise Herkenhoff LL.M. (Cambridge)

Rechtsanwältin, Noerr Partnerschaftsgesellschaft mbB

Rauno Hoffmann

Assessor, Global Head Corporate Compliance Management System, Novartis

Dr. Katharina Humphrey

Rechtsanwältin, Partner, Gibson, Dunn & Crutcher LLP, München

Prof. Dr. Joachim Jahn

Mitglied der Schriftleitung der NJW, Frankfurt/Berlin, Honorarprofessor an der Universität
Mannheim

Dr. Karsten Kerber, LL.M. (SMU, Dallas/TX)

FRICS Rechtsanwalt und Syndikusrechtsanwalt, Chefjurist bei der BNP Paribas Real
Estate Holding GmbH, Gründungsmitglied der Legal & Compliance Initiative Real Estate

Dr. Ulrich-Peter Kinzl

Partner, Rechtsanwalt, Steuerberater, BRP Renaud, Stuttgart/Frankfurt a. M.

Dr. Christoph Klahold

Rechtsanwalt, Chief Compliance Officer, BMW Group, Sprecher des Vorstandes DICO

Dr. Benedikt Knothe

Rechtsanwalt, Chief Compliance Officer Siemens Healthineers Aktiengesellschaft

Reinhold Kopp

Rechtsanwalt/Fachanwalt für Arbeitsrecht
Partner Heussen Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Annette Kraus Maître en Droit Européen

Rechtsanwältin, Chief Compliance Officer und Human Rights Officer Siemens AG

Martin Krings, B. A.

Rechtsanwalt, Counsel CMS Hasche Sigle, Köln, Fachanwalt für
Informationstechnologierecht

Prof. Dr. Thomas Krolak

Institut für Controlling, Fachhochschule Kiel

Daniel Kronen

Legal and Compliance, Siemens AG

Judy-Anne Krug, LL.M.

Rechtsanwältin, Salaried Partner, Heuking Kühn Lüer Wojtek, Hamburg

Thomas Lammers

Rechtsanwalt, okl & partner, Köln

Dr. Klaus Leipold

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht, Mitglied der Geschäftsleitung, BAY GmbH, München

Dr. Wolfgang Leyk

Pfarrer (evangelisch), Lehrbeauftragter Ethik Friedrich-Alexander Universität, Coach

Dr. Jens Liese

Rechtsanwalt, Noerr Partnerschaftsgesellschaft mbB, Düsseldorf

Dr. Sebastian Lochen

Group General Counsel, Head of Legal & Compliance, Chief Compliance Officer, CO/L&C, thyssenkrupp AG, Essen

Dr. Thomas Lösler

Rechtsanwalt, München

Thomas Lüthi

Partner, Pohlmann & Company

Dr. Philip Matthey LL.M.

Prof. Dr. Cordula Meckenstock, LL.M.

Compliance Manager, Honorarprofessorin für Internationales Strafrecht und Compliance, Universität Leipzig

Prof. Dr. Anja Mengel, LL.M. (Columbia/NYC)

Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht, Berlin

Matthias Merz

Geschäftsführung, AWA AUSSENWIRTSCHAFTS-AKADEMIE GmbH, Münster

Dr. Cedric Christian Meyer

Rechtsanwalt, Loschelder Rechtsanwälte, Köln

Dr. Klaus Moosmayer

Chief Ethics, Risk & Compliance Officer und Mitglied der Geschäftsleitung, Novartis, Basel

Dr. Stephan Niermann

Syndikusrechtsanwalt

Dr. Anno Oexle

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, okl & partner, Köln

Prof. Dr. Jochen R. Pampel

apl. Professor, Universität Potsdam

Dr. Michael Pant

Rechtsanwalt, Pant Legal Rechtsanwälte, Düsseldorf

Dr. Andrea M. Partikel

Rechtsanwältin, Partnerin, Unverzagt Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB,
Hamburg

Prof. Dr. Christian Pelz

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht, Fachanwalt für Steuerrecht, Noerr Partnerschafts-
gesellschaft mbB, München, Honorarprofessor an der Universität Augsburg

Dr. Andreas Pohlmann

Partner, Pohlmann & Company – Rechtsanwälte PartG mbB, Frankfurt a. M.

Anika Quintus

Volljuristin, vormals Syndikusrechtsanwältin bei der BNP Paribas Real Estate Holding
GmbH und der Volkswagen Immobilien GmbH. Zurzeit für rechtsvergleichende Studien
in Peking, China, tätig

Dr. Michael Reiling, maître en droit

Rechtsanwalt – Partner, Noerr Partnerschaftsgesellschaft mbB, München

Dr. Boris Riemer

Rechtsanwalt, Seitz & Riemer Rechtsanwälte, Lörrach

Dr. Philipp Räther, LL.M. (UCLA)

Group Chief Data Protection Officer, Allianz

Martin Schlaghecke

Geschäftsführer, The Quality Group GmbH, Böblingen

Prof. Dr. Michael Schmidl LL.M.

Principal, PG IT, Baker & McKenzie, München

Dr. Andrea Schmoll

Rechtsanwältin, Partner, Osborne Clarke, Köln

Dr. Ruth Schorn, LL.M.

Chief Compliance Officer und Senior Vice President Corporate Compliance der KION
Group, Frankfurt, Vorsitzende der Aufsichtsräte der Linde Material Handling GmbH,
Aschaffenburg sowie der STILL GmbH, Hamburg, beides Tochtergesellschaften der KION
Group AG, Mitglied des Verwaltungsrats des Deutsches Institut für Compliance e. V.

Dr. Benno Schwarz

Partner, Gibson, Dunn & Crutcher LLP, München

Dr. Camilla Schütz

Richterin im Gerichtsbezirk des OLG Düsseldorf

Dr. Oliver Sieg

Rechtsanwalt, Partner, Noerr Partnerschaftsgesellschaft mbB, Düsseldorf

Ingo Sorgatz

Erster Kriminalhauptkommissar, Bundesministerium des Innern und für Heimat, Berlin

Prof. Dr. Birgit Spießhofer M.C.J (New York Univ.)

Rechtsanwältin, Europe Chief Sustainability & Governance Counsel, Dentons,
Honorarprofessorin für Internationales Wirtschaftsrecht und Unternehmensethik,
Universität Bremen

Arnulf Starck

Rechtsanwalt, Steuerberater, PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover

Dr. Ingo Theusinger

Rechtsanwalt, Noerr Partnerschaftsgesellschaft mbB, Düsseldorf

Anahita Thoms, LL.M.

Partner / Rechtsanwältin / Special Legal Consultant (New York), Baker McKenzie, Berlin

Dr. Thomas Uhlig

Rechtsanwalt, Partner bei der KPMG Law Rechtsanwaltsgesellschaft, Leiter Allgemeines Wirtschaftsrecht und Handelsrecht

Prof. Dr. Michael A. Veltins

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Geschäftsführer, LSV Rechtsanwalts GMBH, Frankfurt a. M.

Dr. Jörg Viebranz

Compliance Officer und Mitglied des Menschenrechtskomitees, KION GROUP AG, Frankfurt a. M.

Katharina Wegmann

Global ESG Leader, Forensic & Integrity Services; Partner, Assurance, Ernst & Young GmbH, München

Prof. Dr. Jürgen Wessing

Gründungspartner, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht, Lehrbeauftragter für Strafprozessrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Mitglied des Rechtsausschusses der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf

Dr. Ralf Wojtek, LL.M. (University of California at Berkeley)

Partner, Heuking Kühn Lüer Wojtek, Hamburg

Sarah Zech

Rechtsanwältin, Head of Global Privacy Advisory & Data Ethics, Allianz SE, München



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt. Einführung und rechtliche Rahmenbedingungen	1
1. Kapitel. Einführung	1
§ 1. Einführung	1
A. Grundlagen von Compliance	3
B. Haftungsrisiken für Unternehmen, Organe und Mitarbeiter	6
C. Compliance in der Rechtsentwicklung	9
I. Rechtsgrundlagen	9
II. Rechtspflicht zur Compliance-Organisation?	10
III. Compliance in der Rechtsprechung	12
IV. Compliance-Verbände und Berufsbild des Compliance-Managers	13
V. Standards für die Compliance-Organisation	14
VI. Compliance in der Gesetzgebung	14
D. Von Compliance zu «Integrated Assurance» – eine Zukunftsperspektive	15
I. Einführung	15
II. Begriff und Struktur der „Integrated Assurance“	16
III. Praktische Umsetzung einer „Integrated Assurance“ im Unternehmen	17
IV. Einheitliche Fehler-Ursachen Analyse	21
V. Die Rolle der internen Revision und der externen Wirtschaftsprüfung bei der „Integrated Assurance“	22
VI. Und schließlich: „Integrated Assurance“ und Ethik- bzw. Integritätsmanagement	23
2. Kapitel. Nationale und internationale rechtliche Rahmenbedingungen	25
§ 2. Unternehmensführung und Gesellschaftsrecht	25
A. Öffentlich-rechtliche Pflichten und Registerpflichten	33
I. Gewerberechtliche Pflichten	33
1. Gewerberechtliche Anzeigepflichten	34
2. Gewerberechtliche Zulassungspflichten	34
II. Meldepflichten zum Handelsregister	35
1. Eintragungspflichtige Tatsachen und Rechtsverhältnisse	35
2. Eigeninteresse an konstitutiven Eintragungen	37
B. Aktiengesellschaft	37
I. Gründungsvorstand	38
1. Strafrechtliche Sanktionen gegen den Gründungsvorstand	38
2. Zivilrechtliche Haftung des Gründungsvorstands	38
a) Haftung bei Verletzung gründungsspezifischer Pflichten	38
b) Handelndenhaftung vor Handelsregistereintragung der Gesellschaft	39
II. Geschäftsbriefe der Aktiengesellschaft	40
III. Registerpflichten des Vorstands	41
IV. Buchführungspflichten des Vorstands	42
1. Zuständigkeit und Reichweite der Buchführungspflicht	42
2. Sanktionen bei Verstößen gegen Buchführungspflichten	43
V. Vorstandspflichten bei Verlust in Höhe der Hälfte des Grundkapitals	44

VI. Insolvenzantragspflichten	46
VII. Zahlungsverbote bei Insolvenzreife	48
VIII. Einlagenrückgewähr	50
1. Verbot der Einlagenrückgewähr	50
2. Schadensersatzansprüche wegen unzulässiger Einlagenrückgewähr	51
IX. Erwerb eigener Aktien	52
1. Verbot des Erwerbs eigener Aktien	52
2. Schadensersatzhaftung bei unzulässigem Erwerb eigener Aktien	52
X. Ausgabe von Aktien vor voller Leistung des Ausgabebetrags	52
1. Verbot der Ausgabe von Inhaberaktien vor voller Leistung des Ausgabebetrags	52
2. Schadensersatzhaftung und Ordnungswidrigkeitentatbestand ..	52
XI. Verteilung von Gesellschaftsvermögen	53
XII. Vergütungsgewährung an Aufsichtsratsmitglieder	53
XIII. Kreditgewährung durch den Vorstand	54
XIV. Unzulässige Aktienausgabe bei bedingter Kapitalerhöhung	54
1. Ausgabe von Aktien bei bedingter Kapitalerhöhung	54
2. Haftungsfolgen bei fehlerhafter Aktienemission	55
XV. Haftungsrisiken bei Doppelmandaten	55
1. Stimmverbote in Vorstandssitzungen und Hauptversammlungen	56
a) Kein generelles Stimmverbot in Vorstandssitzungen	56
b) Stimmverbot bei Entlastung des Vorstands	56
c) Kein Stimmverbot bei Wahl des Aufsichtsrats	57
d) Rechtsfolgen unzulässiger Stimmrechtsausübung	58
e) Praktischer Vorschlag: Enthaltung bei erheblichen Konflikten	58
2. Kollision von Verschwiegenheits- und Informationspflicht ...	58
3. Doppelmandate im faktischen Konzern	59
a) Vermutung der Veranlassung nachteiliger Maßnahmen ...	59
b) Keine höheren Anforderungen an den Haftungsausschluss	59
XVI. Geltendmachung von Ansprüchen	60
C. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	60
I. Gründungsgeschäftsführung	61
1. Strafrechtliche Sanktionen gegen die Gründungsgeschäftsführer	61
2. Zivilrechtliche Haftung der Gründungsgeschäftsführer	61
a) Haftung für falsche Auskünfte nach §§ 9a ff. GmbHG	61
b) Handelndenhaftung vor Handelsregistereintragung der Gesellschaft	62
II. Geschäftsbriefe der GmbH	63
III. Registerpflichten der Geschäftsführung	65
1. Anmeldepflichten gegenüber dem Handelsregister	65
2. Verpflichtung zur Aktualisierung der Gesellschafterliste	66
IV. Buchführungspflichten der Geschäftsführung	66
1. Zivilrechtliche Haftung der Geschäftsführung	66
2. Steuerrechtliche Sanktionen und Haftung der Geschäftsführer	67
3. Ordnungswidrigkeitentatbestände und Straftatbestände	68

V. Die Geschäftsführung in der Krise der Gesellschaft	69
1. Verhaltenspflichten der Geschäftsführung	69
a) Einberufung der Gesellschafterversammlung und Verlustanzeige	69
b) Insolvenzantragspflicht der Geschäftsführung	70
c) Zahlungsverbot der Geschäftsführung nach Insolvenzreife der Gesellschaft	70
2. Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen	70
a) Schadensersatzhaftung bei Unterlassen der Verlustanzeige	70
b) Schadensersatzhaftung für Insolvenzverschleppung	71
c) Schadensersatzhaftung für Masseschmälerung	71
d) Haftung für Unterlassen von Sanierungsmaßnahmen	71
VI. Zahlungen aus dem Stammkapital	71
1. Pflicht zur Erhaltung des Stammkapitals	71
a) Verdeckte Gewinnausschüttungen	72
b) Eigenkapitalersetzende Gesellschafterdarlehen	73
c) Der gegenstandsbezogene Vermögensschutz	73
2. Haftungsfolgen bei Pflichtverletzungen	75
a) Schadensersatzhaftung bei Herbeiführen einer Unterbilanz	75
b) Schadensersatzhaftung bei existenzgefährdendem Eingriff	76
VII. Erwerb eigener Geschäftsanteile	76
1. Verbot des Erwerbs eigener Geschäftsanteile	76
2. Rechtsfolgen des verbotswidrigen Erwerbs eigener Geschäftsanteile	76
VIII. Haftungsrisiken bei Doppelmandaten	77
1. Doppelmandate und Wettbewerbsverbot	78
2. Verhaltenspflichten bei Interessenkollisionen	78
a) Keine generellen Mitentscheidungsverbote bei Interessenkonflikten	79
b) Stimmrechtsausschluss in der Gesellschafterversammlung ..	79
aa) Stimmrechtsausschluss bei Vertragsschlüssen	79
bb) Stimmrechtsausschluss bei Entlastungsbeschlüssen	80
cc) Kein Stimmrechtsausschluss bei Geschäftsführerbestellung	81
c) Rechtsfolgen der unzulässigen Stimmrechtsausübung	81
3. Verschwiegenheitspflicht und Informationspflicht	82
D. Kommanditgesellschaft auf Aktien	82
I. Die traditionelle Grundform der KGaA	82
1. Der Maßstab der Sorgfaltspflichten	83
2. Haftungsmaßstab der persönlich haftenden Gesellschafter	83
II. Die Kapitalgesellschaft & Co. KGaA	83
E. Grundlagenentscheidung und Holz Müller-Rechtsprechung	84
I. Die aktienrechtliche Holz Müller-Rechtsprechung	85
1. Die Voraussetzungen einer ungeschriebenen Hauptversammlungszuständigkeit	85
2. Pflichten des Vorstands nach der Holz Müller-Doktrin	86
II. Grundlagengeschäfte nach dem GmbH-Recht	86
1. Bindung an den Unternehmensgegenstand	87
2. Grundsätze der Geschäftspolitik	87
3. Außergewöhnliche Maßnahmen	87

F. Führung und Steuerung konzernangehöriger Gesellschaften	89
I. Handelsregisterpflichten und sonstige Meldepflichten	89
1. Handelsregisterpflichten beim Eingehen einer konzernrechtlichen Verbindung	89
2. Meldepflichten bei Aktienerwerb an einer Gesellschaft	89
a) Gesellschaftsrechtliche Meldepflichten bei Kontrollerwerb .	89
aa) Erwerb einer Schachtelbeteiligung	90
bb) Erwerb einer Schachtelbeteiligung ohne Zurechnung .	90
cc) Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung	90
dd) Wegfall mitteilungspflichtiger Beteiligungen	91
ee) Bekanntmachung der Beteiligungsverhältnisse	91
ff) Haftungsrisiken für die Organe des meldepflichtigen Unternehmens	91
gg) Haftungsrisiken für den Vorstand des Zielunternehmens	93
b) Kapitalmarktrechtliche Meldepflichten	93
aa) Kapitalmarktrechtliche Meldepflichten beim Erwerb von Anteilen	93
bb) Kapitalmarktrechtliche Meldepflichten bei Kontrollerwerb	95
cc) Kapitalmarktrechtliche Meldepflichten bei Finanzinstrumenten	96
II. Konzernrechnungslegung und Berichtspflichten	96
1. Konsolidierung der Bilanzen	96
2. Berichtspflichten im Rechnungslegungswesen	96
a) Berichtspflichten gegenüber dem Aufsichtsrat des Mutterunternehmens	97
b) Pflicht zur Erstellung des Abhängigkeitsberichts nach §§ 312–316 AktG	97
III. Haftung für fehlerhafte Konzernleitungsmaßnahmen	98
1. Pflichten und Haftungsfolgen im Vertragskonzern	98
a) Pflichten und Haftung des Leitungsorgans des herrschenden Unternehmens	98
b) Pflichten und Haftung des Leitungsorgans des abhängigen Unternehmens	100
2. Pflichten und Haftungsfolgen im faktischen Konzern	102
a) Pflichten und Haftung des Leitungsorgans des herrschenden Unternehmens	102
aa) Pflichten gegenüber einer abhängigen Aktiengesellschaft	102
bb) Pflichten gegenüber einer abhängigen GmbH	104
b) Pflichten und Haftung des Leitungsorgans des abhängigen Unternehmens	105
aa) Verhaltenspflichten des Vorstands einer abhängigen Aktiengesellschaft.	105
bb) Verhaltenspflichten der Geschäftsführer einer abhängigen GmbH	107
G. Besonderheiten mehrgliedriger Leitungsorgane	108
I. Mehrgliedrige Leitungsorgane bei der Aktiengesellschaft	108
1. Grundsatz der Gesamtgeschäftsführung (§ 77 Abs. 1 S. 1 AktG)	108
2. Willensbildung durch Mehrheitsbeschluss	109

3. Funktions-, sparten- oder regionenbezogene Kompetenzaufteilung	109
II. Mehrgliedrige Leitungsorgane von Gesellschaften mit beschränkter Haftung	111
§ 3. Business Judgment Rule	113
A. Überblick und Entwicklung	114
I. Rechtsprechung	116
II. Gesetzgebung	118
B. Ausprägungen	121
I. Allgemein	121
II. Einzelfallbetrachtung?	122
III. Informationspflicht/Überwachung	123
IV. Verletzung von Normen und Aufsichtsvorgaben	124
1. Gesetzesverletzung	124
2. Verletzung der Satzung	128
3. Behördliche Vorgaben	129
V. Besonderheiten im Banksektor	129
1. Kreditgeschäft	130
2. Anlagegeschäft	133
3. Verletzung des Bankgeheimnisses	133
VI. Sonstige Fälle	133
C. Innerorganschaftliche Verantwortungsteilung	135
D. Entlastung	136
E. Persönliche Eignung der Organmitglieder	137
§ 4. Geschäftschancenlehre und Interessenkonflikt	139
A. Überblick und Entwicklung	140
B. Geschäftschancenlehre	141
I. Ursprung: Wettbewerbsverbote	141
II. Sonderfall: Geschäftschancen	142
III. Geschützte Geschäftschancen	142
IV. Einzelfälle	145
V. Befreiung vom Verbot der Wahrnehmung von Erwerbchancen ..	147
VI. Rechtsfolgen	148
VII. Adressaten	149
§ 5. Wissenszurechnung und Informationsmanagement	153
A. Wissenszurechnung als Risiko im Unternehmen	154
I. Die Zurechnung	154
II. Compliance-Risiko, Haftungsrelevanz	155
III. Leitgedanken der Rechtsprechung	156
B. Wissen und Zurechnung	157
I. Organmitglieder	157
1. Grundprinzip	157
2. Konsequenzen	159
II. Mitarbeiter	159
1. Ältere Rechtsprechung	159
2. Neuere Rechtsprechung	160
III. Konzern	161
IV. Einsatz von KI/automatisierten Systemen	161
C. „Pflicht“ zur Wissensorganisation	163
I. Überblick	163
II. Informationsweiterleitungspflicht	164
1. Grundprinzip	164
2. Umgang mit privat erlangtem Wissen	165

3. Ausgestaltung der Weiterleitungspflicht	166
4. Speziell: Informationsweiterleitung bei Einsatz von KI-Systemen	166
III. Informationsabfragepflicht	167
1. Grundprinzip	167
2. Grenzen der Abfragepflicht	167
3. Überobligatorisches Informationsmanagement	168
4. Pflichten bei Mitarbeiter-/Organmitgliederwechsel	168
5. Speicherungsanforderungen	169
6. Speziell: Informationsabfrage bei Einsatz von KI-Systemen ...	169
IV. Informationsspeicherungspflicht	169
1. Grundprinzip	169
2. Umgang mit privat erlangtem Wissen	171
3. Speicherdauer	171
4. Speziell: Informationsspeicherung bei Einsatz von KI-Systemen	172
V. Konsequenzen der Organisationspflichten	172
1. Konsequenzen in Bezug auf den Vorstand/die Geschäftsführung	172
2. Konsequenzen in Bezug auf den Aufsichtsrat	172
D. Grenzen der Wissenszurechnung und des Informationsmanagements ..	173
I. Grundprinzip	173
II. Verschwiegenheits- bzw. Geheimhaltungspflicht	173
III. Vertraulichkeitsbereiche	174
E. Wissenszurechnung bei EU-Rechtsakten	175
F. Möglichkeit der Freizeichnung von der Wissenszurechnung?	175
G. Fazit	176
§ 6. Strafrechtliche und zivilrechtliche Aufsichtspflicht	177
A. Einführung	178
B. Aufsichtspflichten aus dem Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht ...	179
I. Einführung	179
II. Strafrechtliche Aufsichtspflichten	179
1. Strafrechtliche Verkehrssicherungspflichten	179
2. Herrschaft über eine Gefahrenquelle	180
3. Geschäftsherrenhaftung	180
4. Aufsichtspflichten bei Delegation	181
a) Horizontale Delegation	181
b) Vertikale Delegation	181
5. Aufsichtspflichten betrieblich Beauftragter	182
III. Aufsichtspflichten nach § 130 OWiG	182
1. Aufsichtspflichtverletzung nach §§ 130, 30 OWiG	182
2. Pflichtverstoß als Straftat oder Ordnungswidrigkeit	183
3. Normadressaten der §§ 130, 30 OWiG	183
a) Betriebsinhaber (§ 130 OWiG, § 9 Abs. 1 OWiG, § 14 Abs. 1 StGB)	184
b) Betriebsleiter (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 OWiG, (14 Abs. 2 Nr. 1 StGB)	184
c) Sonstige Beauftragte (§ 9 Abs. 2 Nr. 2 OWiG, § 14 Abs. 2 Nr. 2 StGB)	185
d) Mitglieder von Kontrollorganen (§ 30 Abs. 1 Nr. 5 OWiG)	185
4. Verhältnis der Aufsichtspflichten	185
5. Aufsichtspflichten im Konzern	186

6. Umfang der Aufsichtspflicht	186
a) Organisationspflichten	187
b) Auswahlpflichten	188
c) Instruktionspflichten	188
d) Überwachungspflichten	188
e) Sanktionspflichten	190
7. Organisatorische Vorkehrungen zur Aufsicht	190
8. Unternehmensgeldbuße	191
C. Zivil- und haftungsrechtliche Aspekte der Aufsicht	192
I. Verhältnis §§ 130, 30 OWiG zu § 93 AktG, § 64 GmbHG	192
II. Leitungspflicht	192
III. Risikofrüherkennungssystem	193
IV. Kontroll- und Überwachungspflichten	193
V. Legalitätspflicht und Pflicht zur Compliance	194
VI. Sonstige haftungsrechtliche Aspekte	195
§ 7. Börsennotierte Aktiengesellschaft und Kapitalmarkt-Compliance	199
A. Einführung	200
B. Börsengang – Voraussetzungen für eine Börsennotierung	202
I. Zulassung und Einbeziehung	202
II. Prospekt	204
III. Einbeziehung	204
IV. Einführung	205
C. Kapitalmarktrechtliche Folgepflichten der Börsennotierung	205
I. Übersicht, Systematik	205
II. Im Einzelnen	206
1. Insiderverbote	206
a) Anwendungsbereich MAR (Insiderpapiere)	206
b) Insiderinformation	207
c) Insidergeschäfte und Insiderhandlungen	209
2. Insiderlisten	211
3. Ad-hoc-Publizität	212
a) Voraussetzungen der Ad-hoc-Pflicht	212
b) Aufschub nach Art. 17 Abs. 4 MAR	215
c) Ad-hoc-Meldung	215
4. Managers' Transactions	216
5. Verbot der Marktmanipulation, Art. 15 MAR	218
6. Stimmrechtsmitteilungspflichten	220
7. Finanzberichterstattung nach dem WpHG	222
8. Sanktionen	223
a) Sanktionsstruktur im Marktmissbrauchsrecht	223
b) Marktmanipulation	223
c) Insiderverbot	223
d) Verstoß gegen Ad-hoc-Publizität	223
e) Eigengeschäft von Führungskräften	224
f) Verstoß gegen die Pflicht zur Meldung von Eigengeschäften (§ 120 Abs. 15 Nr. 17 WpHG)	224
g) Fehlerhafte Veröffentlichung von gemeldeten Eigengeschäften (§ 120 Abs. 15 Nr. 18 WpHG)	224
h) Vornahme eines Eigengeschäfts während einer closed period (§ 120 Abs. 15 Nr. 22 WpHG)	224
i) Stimmrechtsmitteilungspflichten	224
j) Veröffentlichungspflichten	224

D. Aktienrechtliche Folgepflichten der Börsennotierung	225
I. Übersicht, Systematik	225
II. Im Einzelnen	225
1. Corporate Governance Kodex (§ 161 AktG)	225
2. Vergütungsstruktur der Vorstandsmitglieder (§ 87 Abs. 1 AktG)	226
3. Geschäfte mit nahestehenden Personen, §§ 111a ff. AktG	226
4. Risikofrüherkennungssystem und Abschlussprüfung	226
5. Geschlechterquoten und Zielgrößen	227
6. Sonstige Auswirkungen der Börsennotierung	227
§ 8. Arbeitsrechtliche Implementierung und Durchsetzung von Compliance-Systemen und Ethikregeln im Unternehmen	229
A. Bedeutung des Arbeitsrechts für Compliance	230
B. Compliance- und Ethikregeln als Inhalt des Arbeitsverhältnisses	232
I. Grundlagen – arbeitgeberseitiges Weisungsrecht und Grenzen	233
1. Tätigkeitsbezogene Weisungen zu Compliance	234
2. Konkretisierbare Nebenpflichten der Arbeitnehmer	234
3. Grenze: Billiges Ermessen	235
a) Persönlichkeitsrecht/Grundrechte	236
b) Grenze: Außerdienstliches Verhalten	236
c) Sonderfall: Tendenzschutz	237
d) Ausgewählte problematische Regelungen	238
4. Änderung und Ablösung	243
II. Grundlagen – Arbeitsvertragliche Vereinbarungen und Grenzen	243
1. Einführung durch Vereinbarung und Änderungskündigung	243
2. Grundlagen der Inhaltskontrolle – Angemessenheit und Transparenz	245
a) Persönlichkeitsrecht und Grundrechte	245
b) Rechte Dritter (Familienangehörige)	246
c) Sonderfall: Tendenzschutz	246
3. Änderung und Ablösung	247
4. Strategische Überlegungen	248
III. Grundlagen – Abschluss und Ablösung einer Betriebsvereinbarung	248
IV. Grundlagen – Implementierung durch Tarifverträge	251
C. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der Implementierung	251
I. Grundlagen – Mitbestimmungstatbestände	252
1. Ordnungsverhalten im Betrieb (§ 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG)	253
2. Technische Einrichtungen (§ 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG)	255
3. Personalfragebogen (§ 94 BetrVG)	256
4. Einstellungsauswahlrichtlinien (§ 95 BetrVG)	257
II. Sonderfall: Tendenzunternehmen (§ 118 BetrVG)	258
D. Strategien bei der Gestaltung	259
E. Feststellung und Aufklärung von Compliance- und Ethikverstößen	260
I. Grundlagen der arbeitsrechtlichen Einzelfallkontrolle	260
II. Unternehmensinterne Investigations	260
1. Auswertung dienstlicher Daten	261
2. Auswertung privater Daten	262
3. Befragungen von Arbeitnehmern	263
4. Amnestieregelungen	264
5. Sonderproblem: Datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch nach Art. 15 DS-GVO	265

6. Sonderproblem: Strafprozessuale Beschlagnahmen und zivilprozessuale Verwertungsverbote	265
7. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	266
F. Arbeitsrechtliche Maßnahmen bei Verletzungen von Compliance- und Ethikregeln	266
I. Grundlagen arbeitsrechtlicher Maßnahmen	267
II. Reaktion gegenüber Hinweisgebern (Whistleblowern)	268
§ 9. Versicherungslösungen	273
A. Einleitung	274
B. Manager-Haftpflichtversicherung (D&O-Versicherung)	275
I. Vorbemerkungen	275
II. Einzelne Versicherungsbedingungen	277
1. Anspruchserhebungsprinzip (Claims-Made)	278
2. Nachhaftung	281
3. Insolvenz	283
4. Kosten der Rechtsverteidigung	283
5. Vorsatzausschluss	285
6. Ausschluss Common-Law-Länder	286
7. Direktanspruch	287
III. Zusammenfassung	288
C. Vertrauensschadenversicherung (VSV)	288
I. Vorbemerkungen	288
II. Versicherungsschutz durch die VSV	289
1. Einteilung in Vertrauenspersonen und Dritte	290
a) Versicherbare Schäden durch Vertrauenspersonen	291
b) Versicherbare Schäden durch Dritte	293
2. Versicherbare Aufwendungen	295
3. Bestimmungen in zeitlicher Hinsicht	296
III. Ausschlüsse	298
IV. Obliegenheiten	301
V. Fazit	302
D. Betriebshaftpflichtversicherung, Betriebsunterbrechungsversicherung ..	303
§ 10. Compliance – Internationale rechtliche Rahmenbedingungen	305
A. Einleitung	306
B. Meilensteine auf dem Weg zur modernen Compliance	306
I. Entstehungsprozess	306
II. Die Entwicklung moderner Compliance Management Systeme ..	309
III. Die Bedeutung der Korruptionsbekämpfung für die Entwicklung von Corporate Compliance	310
1. Die erste Phase der Normbildung von den 70'ern bis Mitte der 90'er Jahre	312
2. Die zweite Phase der Normbildung, ab 1990	312
a) Entstehung internationaler Übereinkommen (Mitte der 90'er Jahre bis ca. 2003)	312
b) (Inter-)Nationale Adaption (ab den 2000'er Jahren)	315
IV. Verallgemeinerung organisatorischen Vorgaben	319
C. Zusammenfassung	320
2. Abschnitt. Grundelemente eines Compliance-Systems	323
1. Kapitel. Compliance-Ziele und Compliance Organisation	323
§ 11. Compliance-Ziele	323
A. Einführung	324

B. Welches Ziel soll mit der Einrichtung eines Compliance-Management-Systems verfolgt werden? Warum legen Unternehmen Compliance-Ziele fest?	324
I. Compliance-Vorfälle als Auslöser für Compliance-Aktivität	324
II. Verpflichtung börsennotierter Unternehmen zu Compliance	325
III. Compliance als Anforderung von Geschäftspartnern	325
IV. Verbesserung des öffentlichen Ansehens	326
V. Haftungs- und Strafvermeidung	327
VI. Gravierende Sanktionen	327
C. Festlegung der Compliance-Ziele	328
I. Auf der Grundlage der von den gesetzlichen Vertreterinnen und Vertretern festgelegten „Ziele“ (Unternehmensziele)	328
1. Satzung	328
2. Strategie/Visionen	330
3. Werte, Leitbilder, Gespräche	330
II. Compliance-Ziele und Risikoanalyse	330
III. Festlegung der Compliance-Ziele auf Basis der Unternehmensziele	331
D. Einbindung der Compliance-Ziele in die Geschäftsprozesse	331
E. Compliance-Ziele erreicht? Prüfung durch Kontrolle	332
I. Interne Kontrolle	332
II. Externe Kontrolle	334
F. Ausblick	334
§ 12. Compliance-Beauftragten-System	335
A. Beauftragte als Compliance-Instrument	337
I. Gesetzliche Beauftragte	337
II. Compliance-Beauftragte	338
B. Elemente des Beauftragten-Systems	339
I. Erste Ebene: Geschäftsleitung	339
1. Organisationsermessen der Geschäftsleitung	340
2. Dreistufiges Beauftragten-System	344
3. Praktische Umsetzung	344
II. Zweite Ebene: Zentraler Compliance-Beauftragter	346
1. Aufgaben des Compliance Officers	346
2. Objektive Tätigkeitsvoraussetzungen	349
3. Subjektive Tätigkeitsvoraussetzungen	350
III. Dritte Ebene: Dezentrale Compliance-Beauftragte	352
1. Aufbau des Beauftragten-Systems	352
2. Aufgaben der Compliance-Beauftragten	353
C. Zusammenarbeit mit anderen unternehmensinternen Funktionen	354
I. Risikomanagement	355
II. Interne Revision	356
III. Gesetzliche Beauftragte	356
D. Outsourcing von Compliance-Funktionen	357
I. Compliance-Verantwortung und Outsourcing	357
II. Partielles und vollständiges Outsourcing	357
E. Beauftragten-System im (internationalen) Konzern	358
I. Konzern-Compliance	358
1. Konzerndimension der Compliance	358
2. Instrumente der Konzern-Compliance	360
3. Compliance-Verantwortung in nachgeordneten Unternehmen	361

II. Auslands-Compliance	362
1. Nationale Vorgaben	362
2. Ausländische Vorgaben	362
3. Praktische Umsetzung	363
§ 13. Compliance Organisation	365
A. Einführung und aktienrechtliche Grundlagen	365
B. Anforderungen an ein angemessenes und wirksames CMS als Basis für die Aufbau- und Ablauforganisation	370
I. § 91 Abs. 3 AktG: Rechtsvorgaben und Orientierungsrahmen ..	371
II. Zielbilddefinition	372
C. Aufbauorganisation	373
I. Horizontale Delegation im Vorstand und inhaltlicher Geltungsbereich	373
II. Vertikale Delegation und Abgrenzung zu anderen Governance Funktionen	374
III. Organisationsmodelle	375
1. Organisation auf operativer Ebene (First Line)	376
2. Organisation der Compliance-Funktion (Second Line)	376
a) Konkrete Aufgaben der Compliance-Funktion	377
aa) Gestaltung und Steuerung des Compliance-Programms	377
bb) Identifizierung konkreter Compliance-Risiken	377
cc) Compliance-Beratung und Unterstützung der Implementierung im operativen Geschäft	378
b) Berücksichtigung regionaler/lokaler Besonderheiten	378
c) Auswirkungen steigender ESG Anforderungen auf Compliance	379
d) Spannungsfeld Compliance Officer und Datenschutzbeauftragter	380
e) Anforderungsprofil und Auswahlkriterien Chief Compliance Officer	381
aa) Anforderungen in persönlicher Hinsicht	381
bb) Anforderungen in fachlicher Hinsicht	381
f) Angemessene Ressourcenausstattung	382
g) Organisatorische Zuordnung von Compliance im Unternehmen: Rechtliche Vorgaben und Gestaltungsüberlegungen	382
D. Berichtswege und Weisungsrechte	384
E. Ablauforganisation	386
I. Compliance-Beratung	386
II. Compliance-Schulungen	387
III. Integration von Compliance in Geschäftsprozesse	388
IV. Zusammenarbeit mit anderen Fachfunktionen	389
1. Rechtsabteilung	390
2. Unternehmenskommunikation	390
3. Vertrieb	391
4. Einkauf	391
5. Controlling/Risk Management/Internes Kontrollsystem	392
6. Interne Revision	392
7. Human Resources	393
V. Investigations	394
F. Zusammenfassung und Ausblick	395

2. Kapitel. Ethik und Compliance Kultur	397
§ 14. Unternehmensethik – wenn der Unternehmenszweck als Beitrag für den gesellschaftlichen Fortschritt verstanden wird	397
A. Einleitung	399
B. Was ist Ethik im Unternehmenskontext und was ist es nicht	401
I. Grundlagen und Schnittstellen von Unternehmensethik	401
1. Die inhärente Rolle von Macht	401
2. Wirtschaftlicher Erfolg	402
3. Gesellschaftliche Verantwortung	402
4. Dynamisch und interdisziplinär	403
5. Generelle Ansätze von Moral	403
II. Mythen und typische Denkfallen in Bezug auf Unternehmensethik	404
1. Ethik hat in der Wirtschaft nichts zu suchen	404
2. Messbarkeit	405
3. Doing the right thing / doing what's right	405
4. Ethik bedeutet nicht Perfektionismus	406
5. Ethik ist eine neue Form der Kolonialisierung des Westens ...	407
6. Ethik ist das Gleiche wie Compliance	408
III. Unternehmensethik und ESG	410
C. Maßnahmen zu einer ernsthaften Umsetzung von Unternehmensethik	410
I. Institutionalisierung und Governance	411
II. Implementierungserfolg durch effektive Operationalisierung: Leading Practices und Erfolgsfaktoren	414
1. Einbettung in Kernelemente der Steuerung	415
2. Unternehmenskultur und Messbarkeit	416
3. Link zu Compliance Effectiveness	417
4. Unser Verständnis von Leadership	417
5. Speak-Up und eine Kultur des Zuhörens	418
III. Ausblick	419
§ 15. Compliance als wirtschaftsethische Praxis	421
A. Einführung	421
B. Theoriefragen der Compliance	422
I. Compliance in Ökonomik und Ökonomie	422
II. Wirtschaftsethik	423
III. Compliance in der Unternehmenstrategie	424
IV. Compliance und Märkte	425
C. Theoriefragen der Compliance	425
I. Starke Entscheidungen	425
II. Hybride Perspektiven und Überlegungsgleichgewichte	426
D. Haltungen und Werte: Compliance als hybride Entscheidungskultur ..	427
I. Persönliche Haltungen	427
II. Werte für das Unternehmen	428
E. Fazit	429
§ 16. Sustainable Corporate Governance	431
A. Einführung	432
B. Sustainable Corporate Governance	434
I. Herkömmliche Situation	435
II. Sustainable Corporate Governance – was ist neu?	435
III. Wer definiert Sustainable Corporate Governance?	437
IV. Wesentliche Steuerungsansätze	439
1. Soft Law und Codes of Conduct	439
2. ESG-Regulierung durch „non-state actors“	440

3. Europäisches und nationales Hard Law	441
a) Europäische Union	441
b) Nationale Gesetzgebung	442
V. Herausforderungen	442
1. Abwehrgesetzgebung (Beispiel China)	442
2. Konfligierende nationale Gesetze	443
3. Differierende Anforderungen in der Unternehmenspraxis und Lösungsstrategien	444
C. Deutscher Corporate Governance Kodex 2022	447
D. Ausblick	449
§ 17. ESG – rechtliche und regulatorische Grundlagen	451
A. Einführung in die Begrifflichkeit	452
B. Aktuelle Rechtslandschaft und Trends im Bereich ESG	453
I. Europäische Union (EU)	454
1. Gegenwart	454
a) Nachhaltigkeit entlang der Lieferkette	454
b) Nachhaltigkeit von Investitionen	455
2. Ausblick	457
II. Deutschland	458
1. Deutscher Corporate Governance Kodex	458
2. Sanktionierung von Greenwashing	461
a) Greenwashing durch Werbung mit Nachhaltigkeitsbezug ..	461
b) Greenwashing durch Informationen zur nachhaltigen Kapitalanlage	462
c) Greenwashing durch Nachhaltigkeitsberichterstattung	464
III. Rechtsvergleich: Die US-amerikanische Börsenaufsicht SEC	465
C. ESG-Reporting-Standards	466
I. ESG-Standards und ihre Bedeutung für Unternehmen	466
II. Darstellung der aktuellen ESG-Standard-Landschaft	467
1. Wichtigste bestehende Standards	467
a) GRI-Standards	467
b) SASB-Standards	468
c) ESR-Standards	469
2. Ausblick	470
D. ESG-Ratingagenturen	471
I. ESG-Ratingagenturen und ihre Bedeutung für Unternehmen ...	471
II. Darstellung der aktuellen ESG-Rating-Landschaft	472
1. MSCI	472
2. Sustainalytics	472
§ 18. ESG-Integration im Unternehmen	473
A. Einleitung	473
I. Was ist ein ESG-Programm?	474
II. Module eines ESG-Programmes	475
III. Materialitätsanalyse und Handlungsfelder	476
1. Doppelte Materialität	477
2. Die Erwartungen der Stakeholder	477
3. Vorgehen bei einer Materialitätsanalyse	478
4. „Marketing-Argumente“ für eine gute Materialitätsanalyse ..	478
B. Wie managt man ein ESG-Programm?	479
I. Governance	479
II. Die erste Roadmap	479
1. Baselineing/Ambitionen/Maßnahmen/KPIs	480
2. Beispiele:	480

3. Quantitative und qualitative KPIs	480
4. Der „Topic Owner“	481
5. Inhalt der ersten Roadmap	481
III. Fortlaufende Entwicklung der materiellen Handlungsfelder	481
IV. Exkurs: Vorlauf der Ambitionen vs. Nachlauf der Kennzahlen ...	481
V. Datenerhebung	482
VI. ESG-Bericht	482
VII. ESG-Rating	483
VIII. ESG-Dashboard/ESG-Controlling	484
C. Fazit und Ausblick	484
3. Kapitel. Compliance Risikomanagement	487
Allgemeiner Teil	487
§ 19. Unternehmensrisiken und Risikomanagement	487
A. Einleitung	487
B. Enterprise Risk Management	488
I. Organisation, Gremien und Aufgaben	488
II. Zeitlicher Ablauf im Geschäftsjahr	491
III. Enterprise Risk Management Prozess	492
1. Rollen im Enterprise Risk Management Prozess	492
2. Ablauf eines Risiko Workshops	494
3. Vorbereitung des Risiko Workshops	496
4. Durchführung des Risiko Workshops	499
5. Risikoanalyse	503
6. Risikobewertung	507
7. Risikobehandlung	508
8. Überwachung und Überprüfung	511
IV. IT-System im Risikomanagement	514
V. Konsolidierung der Ergebnisse auf Unternehmensebene	515
VI. Berichterstattung	517
C. Fazit	517
§ 20. Risikomanagement durch Controlling	519
A. Einleitung	520
B. Controlling als Instrument der Unternehmenssteuerung	523
I. Definition Unternehmenssteuerung und Controlling	523
II. Wesentliche Controllingfunktionen	524
1. Definition des Controllings	524
2. Koordination	524
3. Informationsversorgung	525
4. Planung und Kontrolle	525
III. Reichweite des Controllings	527
1. Controlling als Instrument der Unternehmensführung	527
2. Operatives Controlling	527
3. Strategisches Controlling	528
C. Risikomanagement als Bestandteil der Unternehmenssteuerung	530
I. Risikomanagement als Herausforderung für Unternehmen	530
II. Definition von Risiko und Risikomanagement	530
III. Einbindung des Risikomanagements in die Unternehmenssteuerung	531
D. Zusammenführung von Risikomanagement und Controlling	532
I. Integration des Risikomanagements in die Controllingfunktionen	532
1. Risikomanagement und Controlling	532

2. Risikomanagement und Planung	533
3. Risikomanagement und Reporting	533
II. Integration des Risikomanagements in die Controllingausgestaltung	534
E. Fazit	536
§ 21. Compliance in M&A-Transaktionen	537
A. Einleitung	539
B. Die Vorbereitungsphase einer M&A-Transaktion	540
I. Die Perspektive des Verkäufers	540
1. Informationsbeschaffung im Vorfeld	540
2. Festlegung der Transaktionsstruktur	541
3. Gremienvorbehalte	542
4. Die Auswahl und Beauftragung von Beratern	542
5. Vertraulichkeit und Insiderrecht	543
6. Dokumentation der vorvertraglichen Phase	543
II. Die Perspektive des Käufers	544
1. Informationsbeschaffung im Vorfeld	544
2. Unternehmensbewertung und Transaktionsstrukturierung ...	544
3. Gremienzustimmungen	545
4. Die Auswahl und Beauftragung von Beratern; Informationsfluss	545
5. Vertraulichkeit und Insiderrecht	545
C. Due Diligence-Phase	546
I. Die Perspektive des Verkäufers	546
1. Die Bedeutung der Due Diligence für den Verkäufer	546
2. Die gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit der Due Diligence ...	547
3. Inhaltliche Beschränkungen einer Due Diligence	548
a) Kartellrechtliche Beschränkungen	548
b) Beschränkungen durch das Datenschutzrecht	549
c) Vertragliche Einschränkungen der Offenlegung	550
d) Die Festlegung der Offenlegungsmodalitäten	551
4. Die Durchführung der Due Diligence	551
II. Die Perspektive des Käufers	551
1. Die Bedeutung der Due Diligence für den Käufer	551
2. Due Diligence Anforderungslisten	552
a) Entscheidung über die Erstreckung der Due Diligence auf Compliance-Aspekte	552
b) Umfang der Compliance-Due Diligence	553
3. Die Durchführung der Due Diligence	554
D. Die Vertragsverhandlungen	554
I. Auswirkungen von Compliance-Risiken auf die Transaktionsstruktur	555
1. Haftungsrisiken für den Erwerber im Fall eines Share Deals ..	555
2. Haftungsrisiken für den Erwerber im Fall eines Asset Deals ...	555
II. Allokation von Compliance-Risiken im Kaufvertrag	556
1. Die Kaufpreisberechnung	556
2. Vollzugsvoraussetzungen	557
3. Garantieklauseln mit Compliance-Bezug	558
4. Freistellung von Compliance-Risiken	559
E. Post Merger Aspekte	559
I. Integration der Compliance-Organisation	559
II. Verfolgen von identifizierten Compliance-Risiken	560

F. Neue Entwicklungen: Bedeutung von ESG für M&A-Transaktionen am Beispiel des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes	560
I. Überblick über das LkSG	561
1. Anwendungsbereich	561
2. Sorgfaltspflichten	561
3. Schutzgüter des LkSG	561
4. Folgen von Verstößen	562
II. Gegenstand der Due Diligence	563
III. Auswirkungen auf die Vertragsgestaltung	563
1. Garantien	563
2. Freistellungen	563
3. Pre-Closing-Covenants / Closing Conditions	564
IV. Auswirkungen auf die Post Merger Integration	564
§ 22. Third Party Compliance	565
A. Einleitung und Begriffsbestimmung	566
B. Rechtspflichten zu Third Party Compliance	569
I. Recht der Bundesrepublik Deutschland	569
1. Geldwäschegesetz	569
2. Außenwirtschaftsrecht	571
3. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	572
4. Datenschutzrecht	574
5. Die „allgemeine“ Aufsichtspflicht nach § 130 OWiG	575
6. Strafrechtliche Garantienpflichten	577
7. Gesellschaftsrechtliche Pflichten	578
II. UK Bribery Act	579
III. FCPA	580
IV. Zusammenfassung	581
C. Maßnahmen der Third Party Compliance	582
I. Veröffentlichte Empfehlungen zu Third Party Compliance	582
II. Erstellung eines Risikoprofils	583
1. Anforderungen des eigenen Unternehmens	583
2. Risikoindikatoren auf Seiten des Geschäftspartners	584
III. Elemente der Geschäftspartnerprüfung	586
1. Ausnahme: keine Geschäftspartnerprüfung	587
2. Beispielhafte Elemente einer Geschäftspartnerprüfung im Standardumfang	587
3. Beispielhafte Elemente einer intensiven Geschäftspartnerprüfung	588
IV. Risiko- und Verhaltenssteuerung	590
1. Vertragsgestaltung	590
2. Weitere Maßnahmen	591
Besonderer Teil	593
§ 23. Korruptionsbekämpfung	593
A. Einführung	595
B. Überblick über die Korruptionsdelikte und deren Entwicklung	596
C. Entwicklung auf internationaler Ebene	598
D. Versagung des Betriebsausgabenabzuges	600
E. Strafbares Handeln im Einzelnen	600
I. Wettbewerbswidrige Absprachen	600
II. Bestechungsdelikte im geschäftlichen Verkehr	601
1. Geschäftlicher Verkehr	602
2. Angestelltenbestechung	603

3. Beauftragte	603
4. Vorteil	604
5. Gegenleistung/Unrechtsvereinbarung	605
6. Unlautere Bevorzugung	606
III. Korruption im Gesundheitswesen	606
IV. Straftaten im Amt/Korruptionsdelikte gem. §§ 331 ff. StGB	606
V. Abgeordnetenbestechung (§ 108e StGB)	608
VI. Korruption im internationalen Geschäftsverkehr	610
1. EU-Bestechungsgesetz	610
2. Das Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung	611
3. Der Foreign Corrupt Practices Act (FCPA) und UK Bribery Act (UKBA)	614
F. Strafrechtliche Delikte	616
G. Untreue	617
H. Geldwäsche	617
I. Folgen von Korruption	618
I. Beubung des Unternehmens	618
II. Gewinnabschöpfung	622
III. Eintragungen nach der GewO und Gewerbeentzug	628
IV. Berufsverbot (§§ 61 Nr. 6, 70 StGB)	629
V. Ausschluss vom Amt der Geschäftsführung und des Vorstandes	629
VI. Ausschluss von öffentlichen Aufträgen/Korruptionsregister	630
VII. Zivilrechtliche Folgen	633
J. Präventivmaßnahmen im Unternehmen und zum Schutz des Unternehmens	637
I. Notwendigkeit von Compliance	637
II. Maßnahmen zur Vermeidung von Korruptionsdelikten	640
K. Zusammenfassung	641
§ 24. Kartellrecht	643
A. Einführung	644
B. Kartellrechtliche Vorgaben	644
I. Überblick über die Kartellrechtstatbestände	644
1. Anwendbares Recht: Deutschland, EU, weltweit	645
2. Kartellverbot (wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen und abgestimmte Verhaltensweisen)	646
3. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	650
4. Rechtsfolgen	654
II. Verantwortlichkeit für Kartellrechtsverstöße und Compliance-Defence	655
1. Europäisches Recht	655
2. Deutsches Recht	656
III. Aufdeckungsrisiko und Kronzeugenregelung	657
IV. Verfahren der Behörden, einschließlich Nachprüfungen (Dawn Raids)	657
1. Europäische Kommission	657
2. Bundeskartellamt	659
C. Kartellrechtliche Compliance-Maßnahmen	660
I. Compliance-Kultur	661
II. Compliance-Organisation	661
III. Risikoanalyse	662
IV. Regelwerk	663
1. Horizontale Absprachen und abgestimmte Verhaltensweisen	663
2. Verbandsaktivitäten	664

3. Vertikale Beziehungen	665
4. Marktbeherrschende Stellung	665
5. Handlungsanweisungen für Durchsuchungen	665
V. Beratung	666
VI. Schulungen	666
VII. Überwachung und Aufdeckung	667
1. Anlassbezogene Prüfungen	668
a) Hinweismanagement	668
b) Interviews	669
c) Datenschutz	669
d) Abschluss	670
e) Stellung eines Kronzeugenantrags	671
2. Nicht anlassbezogene Prüfungen (Audits)	672
a) Vorbereitung	672
b) Mock Dawn Raids	673
c) Prüfungsinhalte und -ablauf	674
d) Abschluss	674
VIII. Fortlaufende Weiterentwicklung	674
D. Zusammenfassung	675
§ 25. Tax Compliance	677
A. Einführung	678
B. Tax Compliance	679
I. Begriff „Tax Compliance“	679
1. Inhaltsbestimmung	679
2. Abgrenzung zum Tax Risk Management	681
3. Abgrenzung zur Steueroptimierung	682
II. Funktionen von Tax Compliance-Management-Systemen	682
III. Steuerrechtliche Determinanten für Tax Compliance	683
1. Allgemeine steuerrechtliche Anforderungen	683
2. Spezifische Anforderungen besonderer Steuerarten und Steuerthemen	686
a) Umsatzsteuer	686
b) Lohnsteuer/Sozialabgaben	688
c) Erbschaft und Schenkungsteuer	689
d) Grunderwerbsteuer	690
e) Verrechnungspreise und Beziehungen zu nahestehenden Personen	692
f) Internationale Entwicklungen und weitere Meldepflichten	694
g) Spenden und Sponsoring	696
h) Finanzverwaltungs- und Gerichtsverfahren	698
aa) Vorgehensweise bei Betriebsprüfungen	698
bb) Vorgehensweise bei Rechtsbehelfsverfahren	700
i) Selbstanzeige und Steuerfahndung	701
aa) Selbstanzeige	701
bb) Steuerfahndung	702
IV. Ausgestaltung eines Tax Compliance-Management-Systems	702
1. Tax Compliance-Kultur	706
2. Tax Compliance-Ziele	706
3. Tax Compliance-Risiken	706
4. Tax Compliance-Programm	707
5. Tax Compliance-Organisation	707
6. Tax Compliance-Kommunikation	708
7. Tax Compliance-Überwachung und -Verbesserung	708

C. Tax Operating Manual	708
I. Tax Operating Manual als zentraler Baustein eines Tax Compliance-Management-Systems	708
II. Richtlinien	709
1. Konzernsteuerrahmenrichtlinie	709
2. Bereichsrichtlinie	709
3. Richtlinie Informationsbedarf	709
4. Richtlinie Steuerberechnung und Steuererklärung (Ertragsteuern)	710
5. Fristenrichtlinie	710
6. Richtlinie Tax Risk Management	711
7. Richtlinie zur steuerlichen Verteidigung	712
D. Fazit	712
§ 26. Compliance im Außenwirtschaftsrecht	715
A. Rechtsgrundlagen und Rechtspflicht zur Compliance im Außenwirtschaftsrecht	716
I. Rechtsgrundlagen	717
II. Rechtspflicht zur Exportkontroll-Compliance-Organisation	719
B. Ziele, Umfang und Instrumente einer Exportkontroll-Compliance- Organisation	722
I. Ziele	722
II. Umfang	722
1. Ausfühler	723
a) Ausfuhr und Verbringung	723
b) Ausfühlerbegriff	723
2. Ausfuhrgut	724
a) Güterbegriff	724
b) Kriegswaffen	725
c) Rüstungsgüter	725
d) Dual-Use-Güter	725
e) Zivile Güter und Verwendungsprüfung	726
f) Embargobezogene Güterlisten	726
g) Ausfuhrunabhängige Kontrollen	729
3. Empfängerprüfung	730
a) Sanktionslisten der EU	730
b) Frühwarnlisten der Bundesregierung	732
c) US-Sanktionslisten	732
aa) US-Listen	733
bb) Denied Persons List (DPL) – Entzug der Exportprivilegien	734
cc) Entity List	734
dd) Specially Designated Nationals List (SDN List)	735
ee) Foreign Sanctions Evaders List und Executive Order 13608	736
ff) Unverified List	736
gg) Debarment List	736
hh) General Order 3 zu § 736 EAR	737
ii) Sectoral Sanctions Identifications List	737
jj) Fazit	737
4. Verwendungsprüfung (inkl. Käufer- oder Bestimmungsland) .	737
a) Länderbezug bei catch-all Regeln	739
b) Verwendungsprüfung und Kenntnis im Unternehmen	739
III. Instrumente	739

IV. Individualisierung der Verantwortung, Delegation, Beauftragte ..	740
1. Verantwortliche Personen in der Exportkontrolle	740
a) Der Ausführungsverantwortliche	741
aa) Personalauswahlpflicht	742
bb) Organisationspflicht	743
cc) Überwachungspflicht	743
dd) Weiterbildungspflicht	743
ee) Risiken	743
b) Außenwirtschafts- oder Exportkontrollbeauftragte	745
aa) Anforderungen an einen Exportkontrollbeauftragten ..	745
bb) Aufgaben des Exportkontrollbeauftragten	746
cc) Funktionen des Exportkontrollbeauftragten	747
dd) Berichtswesen des Exportkontrollbeauftragten	747
ee) Weisungen an und durch den Exportkontrollbeauftragten	747
ff) Risiken des Exportkontrollbeauftragten	747
c) Die Exportkontrollabteilung	748
d) Rechtlich unselbstständige Standorte	748
2. Die vereinfachte Zollanmeldung mit förmlicher Bewilligung und ATLAS	748
a) Vereinfachte Zollanmeldung mit förmlicher Bewilligung ..	749
b) Bewilligungsvoraussetzungen und angemessene Einhaltung der Exportkontrolle	749
c) Unterlagen- bzw. Genehmigungscodierungen	750
V. Ablauf der Prüfung der innerbetrieblichen Exportkontrolle	750
VI. Offenlegung von Verstößen (§ 22 Abs. 4 AWG)	753
C. Überblick zur US-Exportkontrolle	756
I. Geltung und Umfang des US-Exportkontrollrechts	756
II. Das Export Management System (EMS) bzw. Export Management & Compliance-Programm (EMCP)	757
III. Red Flags Check	758
§ 27. Datenschutz	759
A. Einführung	759
I. Die EU Datenschutzgrundverordnung im Überblick	759
II. Verschärfte Sanktionen	760
B. Materielle Grundlagen	761
I. Datenschutz-Prinzipien	761
II. Privacy by Design and Default	762
III. Verantwortlichkeiten	763
1. Verantwortlicher	763
2. Auftragsverarbeiter	764
3. Gemeinsam Verantwortliche	765
C. Datenschutzpraxis im Unternehmen	766
I. Neue Aufsichtsbehörden	766
II. Datenschutz-Governance	767
III. Umgang mit Datenpannen	768
1. Meldung an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde	769
2. Mitteilung an die betroffenen Individuen	769
IV. Datenauskunftsrecht	769
1. Struktur des Datenauskunftsanspruchs	770
2. Modalitäten der Umsetzung	770
3. Einschränkungen des Datenauskunftsanspruchs	771
V. Datenlöschung	772

D. Internationaler Datenverkehr	772
I. Anerkanntes Drittland	773
II. Geeignete Garantien	775
1. Standardvertragsklauseln	775
2. Interne Datenschutzvorschriften	776
E. Datenschutz im digitalen Raum	777
I. Big Data & Künstliche Intelligenz	777
1. Definition von KI?	777
2. Einhaltung der Datenschutzprinzipien	778
3. Automatisierte Entscheidungen	780
4. Ethics by Design?	782
5. Ausblick: Die EU KI-Verordnung	783
II. Anonymisierung	784
III. Tracking	787
IV. Direktwerbung	790
V. Social Media	791
F. Resümee	793
§ 28. Lobbying	795
A. Einleitung	796
B. Risikofelder des Lobbying	798
I. Eigene Risikomuster entwickeln	798
II. Aus der Debatte lernen	799
C. Normativer Rahmen	801
I. Verantwortliches Lobbying als übergeordnetes Ziel	801
II. Europäische Ebene: Leitlinien und Transparenzregister	802
III. Lobbyregulierung des Bundes	804
IV. Lobbyregulierung der Länder	814
V. Landesregelungen und Selbstverpflichtungen	814
VI. Politische Korruption und Abgeordnetenbestechung	816
D. Compliance-Prävention bei Lobbying-Aktivitäten	818
I. Lobbying als blinder Fleck im „Risk Mapping“	818
II. Ziele der Compliance-Programme beim Lobbying	819
III. Compliance-Management in der Praxis	820
§ 29. Marketing und Sales	823
A. Einleitung	824
B. Marketingprozess	825
I. Gewerblicher Rechtsschutz	825
1. Die einzelnen Schutzrechte	825
a) Design	826
b) Patente und Gebrauchsmuster	826
c) Urheberrecht	827
d) Marke	827
2. Rechtliche Risiken: Verletzung fremder Schutzrechte	830
a) Zivilrechtliche Risiken	830
b) Strafrechtliche Risiken	831
3. Konsequenzen für Compliance-Organisation	833
II. Lauterkeitsrecht	833
1. Systematik des Lauterkeitsrechts	834
a) Verbotstatbestände	834
b) Schwarze Liste	834
2. Rechtliche Risiken: Wettbewerbsrechtliche Ansprüche	835
a) Zivilrechtliche Risiken	835
b) Strafrechtliche Risiken	835

3. Konsequenzen für Compliance-Organisation	836
C. Sales	836
I. Vertriebsorganisation und Vertriebskartellrecht	836
II. Kartellverbot	837
1. Spürbarkeit des Wettbewerbsverstößes	837
2. Ausnahmen vom Kartellverbot	837
a) De-minimis-Bekanntmachung	838
aa) Inhalt und Anwendungsbereich	838
bb) Rechtliche Konsequenzen	839
b) Zwischenstaatlichkeitsbekanntmachung	839
aa) Inhalt und Anwendungsbereich.	839
bb) Rechtliche Konsequenzen.	840
c) Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)	840
d) Sonstige Ausnahmen	841
aa) Handelsvertreterverträge	841
bb) Qualitativ selektiver Vertrieb	841
cc) Franchising	842
3. Freistellung	842
4. Kernbeschränkungen	842
a) Preisbindungen (Art. 4 Buchst. a Vertikal-GVO)	843
b) Gebiets- und Kundenkreisbeschränkungen (Art. 4 Buchst. b–e Vertikal-GVO)	844
c) Beschränkung des aktiven oder passiven Verkaufs (Art. 4 Buchst. c Vertikal-GVO)	845
d) Verbot von Querlieferungen (Art. 4 Buchst. c Ziff. ii Vertikal-GVO)	845
e) Verkaufsbeschränkungen im Internet (Art. 4 Buchst. e Vertikal-GVO)	845
f) Ersatzteillieferungen (Art. 4 Buchst. e Vertikal-GVO)	845
g) Rechtsfolge	845
III. Einzelfreistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	846
IV. Überblick vertikale Wettbewerbsbeschränkungen	846
V. Konsequenzen für Compliance-Organisation	850
§ 30. Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz	851
A. Einleitung	852
I. Zweck des LkSG	852
II. Aktuelle Rechtslage	853
III. Schwerpunkt und Zweckrichtung des Beitrags	854
B. LkSG-Elemente und Compliance Managementsystem	854
I. Verantwortung der Unternehmensleitung: Legalitätspflicht und deren Bedeutung für die Umsetzung des LkSG	855
II. Vorbeugen: Präventive Maßnahmen („Prevent“-Element eines CMS)	856
1. Risikomanagement	857
2. Organisatorische Ausgestaltung und Überwachung des Risikomanagements	858
3. Risikoanalyse	858
4. Präventionsmaßnahmen	860
5. Präventionsmaßnahme Schulungen	860
III. Erkennen: Maßnahmen zum Entdecken. Kontrollieren und Überwachen („Detect“-Element eines CMS)	861
1. Hinweisgebersystem: Einrichtung eines Beschwerdeverfahrens	861

a) Einrichtung eines zugänglichen Beschwerdemechanismus (§ 8 Abs. 1 S. 1 LkSG)	862
b) Berichterstattung über das Hinweisgebersystem und Auswirkung auf das Risikomanagement	862
2. Prozesse für den Umgang mit Beschwerden – interne Untersuchungen und Fallmanagement	863
a) Klar definiertes Verfahren (§ 8 Abs. 1, 4 LkSG)	863
b) Vertraulichkeit und Schutz potenziell Beteiligter (§ 8 Abs. 4 S. 2 LkSG)	865
3. Regelmäßige Kontrollen und Überwachung der Effektivität und Angemessenheit des CMS	866
a) Risikobasierte Kontrollmaßnahmen im eigenen Geschäftsbetrieb (§ 6 Abs. 3 Nr. 4 LkSG) und bei unmittelbaren Zulieferern (§ 6 Abs. 4 Nr. 4 LkSG)	867
b) Jährliche sowie anlassbezogene Wirksamkeitsprüfung der Präventionsmaßnahmen (§ 6 Abs. 5 LkSG)	868
c) Jährliche sowie anlassbezogene Wirksamkeitsprüfung der Abhilfemaßnahmen (§ 7 Abs. 4 LkSG)	869
IV. Abhilfemaßnahmen	869
1. Eigener Geschäftsbereich	869
2. Unmittelbare Zulieferer	869
3. Mittelbare Zulieferer	870
C. Ausblick: weitere gesetzgeberische Entwicklungen – Auswirkung und Fragestellungen	870
§ 31. Personalorganisation und Arbeitsstrafrecht	873
A. Personalorganisation	874
I. Schlüsselpersonal	874
II. Schutz von Geschäftsgeheimnissen	875
III. Background-Checks, Pre-Employment Screening und Kontrollen	875
IV. Aufgaben- und Pflichten delegation	876
B. Arbeitsverhältnis	878
I. Compliance	878
II. Aushang-, Aufzeichnungs- und Mitteilungspflichten	879
III. Beschäftigung von Ausländern und Mitarbeitern im Ausland	880
1. Beschäftigung von Ausländern	880
2. Beschäftigung von Mitarbeitern im Ausland	882
IV. Arbeitszeit und Beschäftigungsverbote	882
V. Entlohnung	883
1. Gesetzlicher Mindestlohn	883
2. Mindestarbeitsbedingungen und -entgelte	884
3. Geringfügige Beschäftigung (Mini-Jobs)	884
4. Straf- und bußgeldrechtliche Folgen zu geringer Vergütung ..	885
VI. Gleichbehandlung	886
VII. Präventions- und Schutzpflichten	888
VIII. Sozialversicherung	889
IX. Betrieblicher Datenschutz	890
X. Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat	891
C. Technischer Arbeitsschutz	892
I. Arbeitsschutzgesetz	892
II. Arbeitssicherheitsgesetz	893
III. Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften	893

D. Fremdpersonaleinsatz	893
I. Werk- oder Dienstverträge	893
II. Selbständige oder nichtselbständige Beschäftigung (Scheinselbständigkeit)	894
III. Arbeitnehmerüberlassung	896
IV. Arbeitnehmerentsendung und Mindestarbeitsbedingungen	900
V. Schwarzarbeit	902
VI. Auftraggeberhaftung	902
E. Kontrollen und Prüfungen	903
§ 32. Forschung und Entwicklung	905
A. Einleitung	906
B. Gefahrenabwehr	907
I. Arbeitssicherheit	907
II. Anlagenhaftung	907
III. Menschen in der klinischen Forschung	907
IV. Umgang mit Krankheitserregern	908
V. Tierschutz	908
VI. Gentechnik	908
VII. Chemikalienrecht	909
VIII. Radioaktive Stoffe	909
C. Verwaltung und Schutz von FuE-Ergebnissen	909
I. Ausbau und Pflege des Patent Portfolios	909
1. Patentschutz für FuE-Ergebnisse	909
a) Patentfähigkeit	910
b) Wirkung des Patents	910
c) Konsequenzen bei Nichtzahlung der Jahresgebühren	911
2. Rechte an patentfähigen Erfindungen	911
a) Inanspruchnahme	912
b) Vergütungspflicht	913
c) Weitere gesetzliche Pflichten des Arbeitgebers unter dem ArbEG	914
II. Schutz von proprietärem Know-how	915
1. Allgemeines	915
2. Betriebsinterne Schutzmaßnahmen	915
3. Abschluss von Geheimhaltungsvereinbarungen bei der Zusammenarbeit mit Dritten	916
a) Art und Umfang der vertraglichen Geheimhaltungspflichten	917
b) Vertragsstrafen	918
c) Kartellrechtliche Grenzen	918
d) Dauer	918
e) Verbleib der ausgetauschten Informationen	919
III. Unternehmenseigene IP-Richtlinie	919
D. Freedom to Operate	920
E. FuE-Verträge	921
I. Vertragstypen	921
II. FuE-Verträge mit Unternehmen	922
III. Besonderheiten bei FuE-Verträgen mit Hochschulen und an einer Hochschule Beschäftigten	923
1. Grundsätze der Zusammenarbeit	923
2. Verhinderung von unzulässiger Einflussnahme	924
3. Negative Publikationsfreiheit des Hochschulprofessors	924

4. Vertragspartner	925
5. Schriftliche Dokumentation	925
IV. Kooperationsvereinbarungen bei nationalen Subventionen	925
1. Zuordnung der FuE-Ergebnisse	926
2. Nutzungs-, Ausübungs- und Verwertungspflicht	926
3. Einhaltung von Kontrollpflichten	926
4. Auftragsvergabe an Dritte	927
F. Kartellrechtliche Grenzen der Vertragsgestaltung	927
I. Allgemeines	927
II. Gruppenfreistellungsverordnung FuE	927
1. Kernbeschränkungen	928
2. Nicht freigestellte Beschränkungen	929
§ 33. Qualität und Produktentwicklung	931
A. Einführung	932
B. Die wesentlichen Haftungstatbestände	933
C. Compliance-Organisation in Unternehmen	937
I. Betrieblicher Bereich	940
II. Körperschaftliche Organisation	940
§ 34. Entwicklung, Konstruktion, Fabrikation und Qualitätskontrollsysteme ..	943
A. Einführung	943
B. Entwicklungs- und Konstruktionsbereich	943
I. Unmittelbare Anforderungen	943
1. Produzenten- und produkthaftungsrechtliche Anforderungen	943
2. Anforderungen nach dem Produktsicherheitsgesetz (ProdSG)	949
a) Anforderungen im harmonisierten Bereich	949
b) Anforderungen im nichtharmonisierten Bereich	950
c) Besondere Pflichten bei Verbraucherprodukten	950
d) Weitere Vorschriften des ProdSG	952
II. Weitere qualitätssichernde Maßnahmen	953
III. Zulieferung	954
1. Vertikale Arbeitsteilung	956
2. Horizontale Arbeitsteilung	958
3. Qualitätsfähigkeit von Zulieferern	959
C. Fabrikationsbereich	960
I. Gesetzliche Anforderungen	960
II. Qualitätsmanagementsysteme	961
III. Qualitätssicherungsprüfungen	965
IV. Ausreißer	966
§ 35. Instruktion, Produktbeobachtung, Produktrückruf	967
A. Instruktionsbereich	967
B. Produktbeobachtungsbereich	972
C. Produktrückruf	977
§ 36. Aspekte des Rechts der IT-Sicherheit	983
A. Einführung	990
I. Informationstechnologie im Unternehmen und Risikoanalyse	990
1. Informationstechnologie als Risiko	990
2. Ansatzpunkte der Risikoanalyse	992
3. Häufige Versäumnisse	995
4. Externe und interne Risiken	996
II. Perspektiven des Rechts der IT-Sicherheit	998
1. Fehlen eines einheitlichen Gesetzes	998
2. Rechtliche Anforderungen an die Sicherheit der Informationstechnik	999

3. Anforderungen an den Schutz von Informationen und an die Prävention gegen IT-Risiken	999
4. Schutz elektronischer Kommunikation	1000
5. Schutz personenbezogener Daten	1001
6. Strafrechtlicher Schutz von Informationen	1002
III. Grenzen optimaler Sicherheit	1002
1. IT-Sicherheit als Compliance-Risiko	1002
2. Verfassungsrechtliche Grenzen	1003
3. Datenschutzrechtliche Grenzen	1003
4. Strafrechtliche Grenzen	1003
IV. Versuch einer zusammenfassenden Beschreibung des Rechts der IT-Sicherheit	1003
V. Gang der Darstellung	1004
B. Quellen des Rechts der IT-Sicherheit	1005
I. Allgemeine Rahmenvorschriften	1005
1. Verpflichtung zum Risikomanagement und zur Prävention ..	1005
2. Datenschutzrechtliche Anforderungen an die IT-Sicherheit ..	1009
a) Art. 32 DS-GVO	1009
b) Art. 28 DS-GVO	1012
c) Art. 35 DS-GVO	1020
d) Art. 42 DS-GVO	1021
II. Spezielle Rahmennormen	1021
1. Für Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen (§ 165 ff. TKG)	1021
2. Für Banken/Finanzdienstleister und Wertpapierdienstleistungsunternehmen (§ 25a KWG, § 80 WpHG)	1023
3. Für Versicherungsunternehmen (§§ 23 ff. VAG, Art. 259 ff. Solvabilität II-VO)	1027
III. BSIG – Gesetzliche Maßstäbe für sichere Informationstechnik ...	1029
1. Maßstäbe für informationstechnische Systeme	1029
2. Maßstäbe für die Unternehmensleitung	1030
IV. Verordnung 2022/2554/EU über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (DORA) und NIS 2-RL	1032
1. Neue Maßstäbe für die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor	1032
2. Umfassende Regelungen in DORA und NIS-2-Richtlinie ..	1032
V. Normen und sonstige Regelwerke	1034
1. IT-Grundschutz des BSI	1034
2. Internationale Normierungen	1036
VI. Vertragliche Verpflichtung zur Herstellung der IT-Sicherheit ...	1037
VII. Typische Verletzungsfolgen	1037
1. Keine abschließende Analyse	1037
2. Schadensersatz und Schmerzensgeld	1038
3. Versicherungsrechtliche Folgen	1041
4. Strafrechtliche und ordnungswidrigkeitenrechtliche Folgen ..	1041
5. Meldung und Benachrichtigung gem. Art. 33, 34 DS-GVO ..	1044
6. Aufsichtsrechtliche Folgen	1049
7. Reputationsverlust	1049
8. Sonderproblem: § 266 StGB bei Schlechterfüllung von Pflichten der IT-Sicherheit	1050
VIII. Strafrechtlicher Schutz der IT-Sicherheit/Daten	1053
1. Einführung	1053

2. Allgemeines zu einzelnen Tatobjekten	1054
a) Daten	1054
b) Urkunde	1054
c) Technische Aufzeichnung	1055
3. Einzelne Straftatbestände	1055
a) § 202a StGB – Ausspähen von Daten	1055
b) § 202b StGB – Abfangen von Daten	1056
c) § 202c StGB – Vorbereiten des Ausspähens und Abfangens von Daten	1057
d) § 202d StGB – Datenhehlerei	1058
e) § 269 StGB – Fälschung beweisheblicher Daten	1058
f) § 274 StGB – Unterdrücken beweisheblicher Daten	1059
g) § 303a StGB – Datenveränderung	1059
h) § 303b StGB – Computersabotage	1060
C. Elektronische Signaturen	1060
I. Einführung	1060
1. Bedeutung elektronischer Signaturen	1060
2. Rechtliche Rahmenbedingungen	1061
II. Sicherung von Identität und Authentizität – Signaturstandards	1061
III. Technischer Ablauf der Signierung	1063
1. Funktionsweise	1063
2. Der Absender	1063
3. Der Empfänger	1063
IV. Unterscheidung von Signierung und Verschlüsselung	1064
V. Zusammenfassung der Grundregeln	1064
D. Richtlinie zur IT-Sicherheit	1065
I. IT-Richtlinie als Handlungsstandard	1065
1. Auswahl typischer Risiken	1065
2. IT-Richtlinie und vertragliche Zusatzvereinbarungen als typische Reaktion	1066
3. Regelmäßige Kontrollen und Sanktionen	1068
II. Auswahl zentraler Elemente einer IT-Richtlinie	1070
1. Regelungsansatz und betroffener Personenkreis	1070
2. Regelungsgegenstand	1070
3. Privatnutzung der IT-Infrastruktur	1071
4. Intensität der Privatnutzung	1072
5. Handhabung von Passwörtern	1072
6. Abwesenheitsregelungen	1072
7. Inhalte und Gegenstand der Nutzung	1073
8. Nutzung von Internet-Plattformen	1073
9. Kopier- und Installationsverbote	1074
10. Handhabung der elektronischen Kommunikation	1074
11. Vorgaben zur Sicherheit	1074
12. Verpflichtung zur Meldung von Sicherheitsrisiken	1075
III. Auswahl wichtiger Regelungen für ein BYOD-Programm	1075
E. Der IT-Sicherheitsbeauftragte (ITSB)	1076
I. Ausgangsüberlegungen	1076
1. Lediglich mittelbare gesetzliche Pflicht	1076
2. Betriebliche Erforderlichkeit eines ITSB	1077
3. Rentabilität	1078
4. Pseudobeauftragter nicht sinnvoll	1078
II. Auswahlkriterien	1079
1. Interner oder externer ITSB	1079

2. Eigenständigkeit der Funktion des ITSB	1079
3. Persönliche Eignung	1080
4. Personelle Kontinuität	1081
5. ITSB und Datenschutzbeauftragter	1081
6. ITSB und IT-Abteilung	1082
III. Typische Funktionen des ITSB	1082
1. Funktionen aktiv einräumen	1082
2. ITSB in Überwachungsfunktion	1082
3. ITSB als Berater	1083
IV. Rechtliche Ausgestaltung der Position des ITSB	1083
1. Maßstab der ordnungsgemäßen Pflichterfüllung	1083
2. Zusatzvereinbarung zum Arbeitsvertrag beim internen ITSB ..	1083
3. Vertrag mit dem externen ITSB	1084
4. Unternehmensinterner Geltungsanspruch	1085
V. Aufgaben des ITSB	1085
1. Anfängliche und laufende Aufgaben	1085
2. Analyse und Beratung oder Verpflichtung zum aktiven Tun ..	1087
3. Typische anfängliche Aufgaben	1087
4. Typische laufende Aufgaben	1087
F. Compliant Compliance – Ausgewählte Grenzen der IT-Sicherheit ...	1088
I. IT-Sicherheit als mögliches Compliance-Risiko	1088
1. Übereerfüllung sicherheitsbezogener Pflichten	1088
2. Arbeitnehmerrechte als Schranken der IT-Sicherheit	1088
3. Annahme der Eignung zur Prävention gegen Risiken für die IT-Sicherheit	1090
4. Exkurs: Zweifel an der Anwendbarkeit von § 26 Abs. 1 BDSG	1090
II. E-Mail-Filterung im Lichte von §§ 206, 303a StGB	1093
1. Regelungsgehalt von § 206 StGB	1093
2. Auswirkungen von § 206 StGB im Bereich der E-Mail- Filterung	1093
3. Regelungsgehalt und Auswirkungen von § 303a StGB	1103
4. Lösungsansätze	1103
III. Sonderproblem: Screening von E-Mail- und Internetverkehrsdaten	1105
1. Screening von E-Mail-Daten	1105
2. Screening von Internetverkehrsdaten	1110
3. Überprüfung von verschlüsselten Daten	1113
IV. Sonderproblem: Data Loss Prevention-Software	1117
V. Whistleblowing und Videoüberwachung im Lichte des Datenschutzrechts	1118
1. Hinweisgeberschutzgesetz	1118
2. Zentrale Anforderungen des Datenschutzrechts	1120
3. Ausgewählte Auswirkungen auf das Whistleblowing	1123
4. Lösungsansätze für Whistleblowing-Systeme	1125
5. Ausgewählte Auswirkungen auf die Videoüberwachung	1125
VI. Totalüberwachung im Lichte von Art. 1 GG und sonstige Grenzen	1126
1. Grenzen der Überwachung aus Art. 1 GG	1126
2. Auswirkungen auf typische Maßnahmen	1127
3. Zusätzlicher Schutz bei Telefon- und Videoüberwachung ...	1128
VII. Kontrollmaßnahmen im Lichte des IT-Grundrechts	1130
1. Schutzbereich des IT-Grundrechts	1130
2. Auswirkungen auf Kontrollmaßnahmen	1132

VIII. Sonstige Folgen unzulässiger Kontrollmaßnahmen	1133
1. Beweisrechtliche Folgen	1133
2. Reputationsverlust	1135
3. Maßnahmen von Aufsichtsbehörden	1135
4. Sonstige Ansprüche und Rechte der Betroffenen	1136
5. Strafrechtliche und ordnungswidrigkeitenrechtliche Folgen ..	1136
§ 37. Umweltschutz	1137
A. Einleitung	1138
B. Umweltrechtliche Vorgaben	1139
I. Gesetzliche Regelungen	1139
1. Anlagen- und tätigkeitsspezifische Regelungen	1139
2. Regelungen zur Umwelthaftung	1147
II. Konkrete bescheidliche Handlungspflichten	1151
C. Organisation	1153
D. Betriebsbeauftragte	1156
E. Mitteilungspflichten	1158
I. Allgemeine Mitteilungspflichten	1159
II. Mitteilung der Personalisierung der Betreiberpflichten	1160
III. Mitteilung einer effektiven Betriebsorganisation	1161
F. Dokumentation und Aufbewahrung von Unterlagen	1162
G. Zertifizierungen	1163
H. Zusammenfassung	1165
§ 38. Geldwäsche	1167
A. Hintergründe der Geldwäschebekämpfung	1170
I. Allgemeines	1170
II. Wie funktioniert Geldwäsche?	1171
1. Placement stage (Platzierung bzw. Einschleusung von Vermögenswerten)	1171
2. Layering stage (Verschleierung)	1172
3. Integration	1173
III. Gesetzliche Definition der Geldwäsche	1173
IV. Definition der Terrorismusfinanzierung	1174
B. Verpflichtete nach dem Geldwäschegesetz (GwG)	1174
I. Hauptpflichten des Geldwäschegesetzes für Verpflichtete	1175
II. Spezielle Regelungen für bestimmte Verpflichtete	1177
1. Rechtsberatende Verpflichtete (§ 2 Abs. 1 Nr. 10 GwG)	1177
2. Immobilienmakler (§ 2 Abs. 1 Nr. 14 GwG)	1179
3. Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen (§ 2 Abs. 1 Nr. 15 GwG)	1180
4. Güterhändler, Kunstvermittler und Kunstlagerhalter, soweit die Lagerhaltung in Zollfreigebieten erfolgt. (§ 2 Abs. 1 Nr. 16 GwG)	1181
a) Kunstvermittler und Kunstlagerhalter	1182
b) Kunsthändler, Kunstvermittler und bestimmte Kunstlagerhalter	1182
c) Risikomanagement der in § 2 Abs. 1 Nr. 16 GwG genannten Verpflichteten	1183
d) Sorgfaltpflichten für die in § 2 Abs. 1 Nr. 16 GwG genannten Verpflichteten	1183
e) Meldepflicht für die in § 2 Abs. 1 Nr. 16 GwG genannten Verpflichteten	1183
III. Risikomanagement	1183
IV. Risikoanalyse	1184

V. Risikoorientierter Ansatz	1185
VI. Dokumentation der Risikoanalyse	1188
1. Ableitung von Maßnahmen aus der Risikoanalyse	1188
2. Aktualisierung der Risikoanalyse	1188
3. Zusätzliche Pflichten für Institute aus § 25h KWG	1189
C. Interne Sicherungsmaßnahmen des § 6 GwG	1190
I. Kontrollen	1192
II. Bestellung eines Geldwäschebeauftragter (GwB) (§ 6 Abs. 2 Nr. 2 GwG)	1192
1. Bestellung und Abberufung eines Geldwäschebeauftragten und seines Vertreters	1193
2. Mittel für die Tätigkeit des Geldwäschebeauftragten	1193
3. Vertretung des Verpflichteten durch den Geldwäschebeauftragten nach innen und außen	1194
4. Umsetzung der Sicherungsmaßnahmen	1194
5. Zugangsrecht des Geldwäschebeauftragten	1194
6. Die richtungweisende Entscheidung des OLG Frankfurt a. M. v. 10.4.2018	1194
III. Gruppenweite Sicherungsmaßnahmen (§ 6 Abs. 2 Nr. 3 GwG) ..	1195
IV. Entwicklung geeigneter Maßnahmen (§ 6 Abs. 2 Nr. 4 GwG) ..	1196
V. Zuverlässigkeit der Mitarbeiter (§ 6 Abs. 2 Nr. 5 GwG)	1196
VI. Unterrichtung der Mitarbeiter (§ 6 Abs. 2 Nr. 6 GwG)	1198
VII. Überprüfung der Grundsätze und Verfahren (§ 6 Abs. 2 Nr. 7 GwG)	1198
VIII. Whistleblowing-System (§ 6 Abs. 5 GwG)	1199
IX. Auslagerung von internen Sicherungsmaßnahmen an Dritte gem. § 6 Abs. 7 GwG	1200
D. Ergänzende Pflichten aus dem KWG und VAG	1200
I. Zusätzliche Pflichten für Institute aus § 25h KWG	1200
1. Zentrale Stelle (§ 25h Abs. 7 KWG)	1201
2. Pflichten aus den §§ 25h ff. KWG für Institute	1201
3. Pflicht zum Einsatz von Datenverarbeitungsprogrammen (§ 25h Abs. 2 KWG)	1202
4. Zentrale Stelle	1203
5. Verhinderung von strafbaren Handlungen	1203
II. Verstärkte Sorgfaltspflichten nach § 25k KWG	1205
1. Anonyme Sortengeschäfte gem. § 25k Abs. 1 KWG	1205
2. Verstärkte Sorgfaltspflichten im Bereich Factoring	1206
III. Vorschriften des VAG für Verpflichtete gem. § 2 Abs. 1 Nr. 7 VAG (Versicherungen)	1206
1. Interne Sicherungsmaßnahmen nach § 53 VAG	1207
2. Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf den Bezugsberechtigten gem. § 54 VAG	1207
3. Verstärkte Sorgfaltspflichten gem. § 55 VAG	1208
E. Sorgfaltspflichten des Geldwäschegesetzes	1208
I. Grundsätzliches	1208
II. Umfang der allgemeinen Sorgfaltspflichten in § 10 Abs. 1 GwG	1209
1. Sorgfaltspflichten für bestimmte Glücksspielanbieter	1210
2. Sorgfaltspflichten für Immobilienmakler	1210
3. Sorgfaltspflichten für Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 16 GwG	1211
4. Sorgfaltspflichten für die Anbieter von E-Geld	1211

5. Sorgfaltspflichten für Versicherungsvermittler	1211
6. Sorgfaltspflichten für Syndikusrechtsanwälte	1211
III. Anwendbarkeit von vereinfachten und verstärkten Sorgfaltspflichten	1212
IV. Allgemeine Sorgfaltspflichten iSd § 10 Abs. 1 GwG	1212
1. Feststellung der Identität	1212
2. Identifizierung	1212
3. Erhebung von Angaben	1213
4. Identifizierungspflicht bei Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung	1214
5. Identifizierungspflicht bei Zweifeln an den Angaben des Vertragspartners	1214
6. Erheben von Angaben bei juristischen Personen	1215
7. Überprüfung der gem. § 11 Abs. 4 GwG erhobenen Angaben	1215
8. Weitere Möglichkeiten der Überprüfung	1215
9. Abgleich des Ausweises mit der zu identifizierenden Person ..	1216
10. Abklärung des wirtschaftlich Berechtigten	1216
a) Zwischengeschaltete juristische Personen oder Personenvereinigung	1218
b) Fiktive wirtschaftlich Berechtigte	1218
c) Wirtschaftlich Berechtigter bei Stiftungen, Trusts und Vermögensverwaltungen	1219
d) Sonderfall BGB-Gesellschaft	1219
11. Exkurs: Transparenzregister	1220
a) Erforderliche Angaben zu wirtschaftlich Berechtigten	1221
b) Richtigkeit des Transparenzregisters	1222
c) Überprüfung der Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten durch den abfragenden Verpflichteten	1222
d) Zweck der Geschäftsbeziehung	1224
F. Politisch exponierte Person	1225
I. Grundsätzliches	1225
II. Übersicht Personenkreis	1225
III. Angehörige und nahestehende Personen als PEP	1226
IV. Verstärkte Sorgfaltspflichten (§ 15 GwG)	1227
V. Beendigung der verstärkten Sorgfaltspflichten bei einem PEP ...	1228
VI. Fortlaufende Überwachung	1228
G. Pflicht zur Aktualisierung	1229
I. Für umsatzlose Konten	1229
II. Geringes Risiko (aufgrund von Risikoanalyse)	1229
III. Normales Risiko (aufgrund von Risikoanalyse)	1230
IV. Hohes Risiko (aufgrund gesetzlicher Vorgabe oder von Risikoanalyse)	1230
H. Einschaltung Dritter zur Erfüllung von Sorgfaltspflichten	1230
I. Gesetzlich zuverlässige Dritte (§ 17 Abs. 1 GwG)	1231
II. Vertraglich verpflichtete Dritte (§ 17 Abs. 5 GwG)	1231
III. Deutsche Auslandsvertretungen als Dritte	1231
IV. Identifizierung im Rahmen einer Videoübertragung	1232
1. Voraussetzung für eine Videoidentifizierung	1232
2. Verfahren während der Videoidentifizierung	1233
3. Abbruch der Videoidentifizierung	1234
4. Aufzeichnung und Aufbewahrung der Videoaufzeichnung ...	1235
5. Vorteil der Videoidentifizierung	1235

I. Verstärkte Sorgfaltspflichten	1236
I. Verstärkte Sorgfaltspflichten durch eine Geschäftsbeziehung mit einem von der EU gelisteten Drittstaat mit hohem Risiko oder eine dort ansässige natürliche oder juristische Person (15 Abs. 3 Nr. 2 GwG)	1236
II. Verstärkte Sorgfaltspflichten bei auffälligen Transaktionen (§ 15 Abs. 3 Nr. 3 GwG)	1237
III. Verstärkte Sorgfaltspflichten bei grenzüberschreitenden Korrespondenzbankbeziehungen mit Respondenten mit Sitz in einem Drittstaat (§ 15 Abs. 3 Nr. 4 GwG)	1237
J. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten	1238
I. Ermittlung zur Feststellung von wirtschaftlich Berechtigten	1238
II. Gesonderte Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten von Notaren	1238
III. Dokumentation der Ergebnisse von Risikobewertungen	1238
IV. Überprüfung bestimmter Transaktionen	1239
V. Aufzeichnungen im Rahmen eines Video-Ident-Verfahrens	1240
VI. Verzicht auf eine erneute Aufzeichnung	1240
VII. Beginn der Aufbewahrungsfrist	1240
VIII. Dauer der Aufbewahrung	1240
IX. Vernichtung der Unterlagen	1240
K. Gruppenweite Einhaltung (§ 9 GwG)	1240
L. Verdachtsfälle und deren Meldung	1242
I. Grundsätzliches zur Meldepflicht des § 43 GwG	1242
1. Geldwäschemeldung ist keine Strafanzeige	1243
2. Geldwäschemeldung muss ausschließlich elektronisch erstattet werden	1243
II. Nichterstattung von Verdachtsmeldungen	1243
III. Verdachtsgewinnung	1244
1. Auskunftsersuchen einer Behörde	1245
2. Auffälligkeiten	1246
IV. Verdachtsmeldung wegen Verletzung der Offenlegungspflicht	1247
V. Eilfälle/Fristfälle	1248
VI. Nachmeldung zu einer bereits erfolgten Meldung	1249
VII. Verbot der Informationsweitergabe	1249
VIII. Ausnahmen von dem Verbot der Informationsweitergabe	1249
IX. Haftungsfreistellung nach § 48 GwG	1250
X. Arbeitsrechtlicher Schutz	1251
XI. Abgrenzung zu Strafanzeigen	1251
XII. GwGMeldV-Immobilien	1252
M. Aufsicht	1254
I. Grundsätzliches	1254
II. Auslegungs- und Anwendungshinweise der Aufsichtsbehörden	1255
III. Befugnis zum Anordnen von Maßnahmen	1255
IV. Nachweispflicht gegenüber der jeweiligen Aufsichtsbehörde	1255
V. Auskunftsverweigerungsrecht	1256
VI. Auskunftsverpflichtung von Nicht-Verpflichteten gegenüber der zuständigen Aufsichtsbehörde	1256
VII. Aufsichtsbehörde als zuständige Behörde in Ordnungswidrigkeiten	1256
N. Bußgeldvorschriften	1257
I. Allgemeines	1257
II. Gesetzlich geregelte Bußgeldtatbestände	1257

III. Ahndung von vorsätzlichen und leichtfertigen Verstößen	1258
IV. Ahndung von fahrlässigen Verstößen gem. § 56 Abs. 2 GwG ...	1258
V. Bekanntgabe von bestandskräftigen Maßnahmen	1260
O. Ausblick	1260
§ 39. Unternehmenskrise und Insolvenz	1263
A. Unternehmenskrise	1264
B. Monitoringpflichten	1265
I. Pflicht zur Risikofrüherkennung	1265
II. Zahlungsunfähigkeit	1266
1. Definition Zahlungsunfähigkeit	1266
2. Zahlungseinstellung	1266
3. Zahlungsstockung	1267
4. Liquiditätsplanung	1267
III. Drohende Zahlungsunfähigkeit	1267
IV. Überschuldung	1268
1. Definition Überschuldung	1268
2. Überschuldungsstatus	1268
V. Risikoanalyse bei Konzernstrukturen	1269
C. Anzeige- und Mitteilungspflichten	1270
I. Verlust der Hälfte des Stamm- bzw. Grundkapitals	1270
II. Ad-hoc-Publizitätspflicht	1270
III. Aufklärungspflichten gegenüber Geschäftspartnern	1271
D. Vorsorgepflichten	1271
I. Sozialversicherungsbeiträge	1271
II. Buchführung und Bilanzierung	1272
III. Zahlung von Steuern	1273
E. Fortführung der Geschäftstätigkeit	1274
I. Laufende Geschäftstätigkeit	1274
II. Eingehen neuer Verbindlichkeiten	1274
III. Zahlungsverbote	1274
IV. Cash Pool	1275
F. Sanierung	1275
I. Pflicht zur Sanierungsprüfung	1275
II. Beseitigung von Zahlungsunfähigkeit	1276
III. Beseitigung von Überschuldung	1276
G. Insolvenzantrag	1277
4. Kapitel. Compliance-Kommunikation	1279
§ 40. Compliance-Kommunikation und -Schulung	1279
A. Einführung	1280
B. Compliance-Kommunikation	1281
I. Allgemeines	1281
II. Interne Kommunikation	1282
1. Compliance Botschaften vom Management	1282
2. Vorbildfunktion	1284
3. Zielgruppen interner Kommunikation	1285
a) Die Basis der Compliance-Kommunikation	1285
b) Weiterführende Kommunikation für bestimmte Ziel Gruppen	1286
c) Zielgruppen mit unterschiedlichem Empfängerhorizont ..	1286
4. Kommunikationsmittel und -medien	1287
a) Schriftliche Kommunikation	1287
b) Compliance Homepage	1288

c) Entscheidungshilfen und Geschenke/Give aways	1288
d) Präsentationshilfen und Standard-Präsentationen	1288
e) Compliance Branding und Logo	1289
f) Mündliche Kommunikation	1289
g) Interaktive Kommunikation	1289
h) Gamification	1290
i) Wahre Geschichten oder „Story Telling“	1290
5. Technische Lösungen für die interne Kommunikation	1291
a) Compliance App	1291
b) Compliance Chatbot	1292
III. Externe Kommunikation	1293
C. Compliance-Schulung	1294
I. Pflicht zur Schulung der Mitarbeiter	1294
II. Zeitpunkt und Inhalt der Compliance-Schulung	1295
1. Frühzeitige und umfassende Grundlagenschulung	1295
a) Format der Schulung	1296
b) Didaktische Aspekte	1296
2. Spezielle Schulungen und Vertiefung	1297
3. Anlassbezogene Schulungen	1298
4. Schulungsfälle und „lessons learned“	1298
III. Verhaltenstraining statt reiner Wissensvermittlung	1299
IV. Schulungsmanagement und Dokumentation	1300
V. Teilnahmepflicht oder Freiwilligkeit der Schulung	1301
VI. Externe Compliance-Schulungen	1302
1. Wissensmanagement durch externe Schulungen	1302
2. Wissensweitergabe an Dritte	1302
a) Schulung von Vertriebs- und Geschäftspartnern	1302
b) Schulung von Kunden und anderen Dritten	1303
c) Vorträge auf Konferenzen und externen Schulungsveranstaltungen	1303
§ 41. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	1305
A. Einleitung	1306
B. Pressearbeit	1307
C. Investor Relations	1310
D. Organisation	1311
E. Medienbranche	1312
F. Krisenbewältigung	1314
§ 42. Compliance und neue Medien	1317
A. Einleitung	1318
I. Soziale Medien in der Gegenwart	1318
II. Strategie & Regulation	1320
B. Haftungsvermeidung	1320
I. Persönlichkeitsrechte	1320
II. Meinungsfreiheit	1321
III. Recht am eigenen Bild	1323
IV. Urheberrecht	1323
V. Datenschutz	1325
VI. Sonstige Vorgaben	1328
C. Regelungsmöglichkeiten des Arbeitgebers	1328
I. Ausgangslage	1328
II. Regelungsinhalte	1329
1. Regelungszweck	1330
2. Verantwortlichkeiten	1330

3. Allgemeine Verhaltensgrundsätze	1330
4. Geheimhaltung und Vertraulichkeit von Informationen	1331
5. Respekt vor Mitbewerbern und Produkten	1332
6. Einhaltung des Urheberrechts	1333
7. IT-Sicherheit und Kontinuität	1333
8. Handlungsempfehlungen für die Kommunikation	1333
9. Zulassung der Nutzung in der Arbeitszeit	1334
10. Verhaltensgrundsätze für private Aktivitäten	1334
11. Ansprechpartner für Fragen	1335
D. Zusammenfassung	1335
§ 43. Ombudsmann und Hinweisgebersysteme	1337
A. Einführung	1338
B. Whistleblowing – Begriff und Entwicklung	1339
I. Begriffsdefinition	1339
II. Historische Entwicklung	1339
C. Rechtspflicht zur Einrichtung eines Hinweisgebersystems	1340
I. Gesetzeslage	1340
II. Rechtspflicht durch das Hinweisgeberschutzgesetz	1341
III. Besonderheiten für Unternehmen mit Börsennotierung in den USA	1342
D. Vorteile eines Hinweisgebersystems	1342
I. Reduzierung rechtlicher Risiken für Unternehmensverantwortliche	1343
II. CMS-Kontrollmechanismus	1343
III. Informationskontrolle	1344
IV. Schutz vor Repressalien für den Hinweisgeber	1345
V. Verringerung der Strafbarkeitsrisiken für den Hinweisgeber	1346
E. Rechtliche Rahmenbedingungen	1347
I. Vorgaben zur Implementierung	1347
1. Allgemeine Vorgaben an interne Meldekanäle	1347
2. Kreis der Hinweisgeber	1348
3. Sachlicher Anwendungsbereich	1348
4. Möglichkeit der anonymen Meldung	1349
5. Anreize zur Nutzung der internen Meldestelle	1349
6. Möglichkeit einer zentralen Meldestelle im Konzern	1349
II. Vorgaben zur Hinweisbearbeitung	1350
1. Allgemeine Vorgaben zum Verfahren	1350
2. Vertraulichkeitsgebot	1350
3. Datenschutzkonforme Hinweisbearbeitung	1351
F. Praktische Ausgestaltung im Unternehmen	1352
I. Ombudspersonen als Meldestelle	1353
1. Die Entwicklung des „Ombudsmann-Systems“	1353
2. Rechtliche Einordnung externer Ombudspersonen	1354
a) Zivilrechtlich	1354
b) Strafrechtlich – strafprozessrechtlich	1355
c) Datenschutzrechtlich	1359
3. Aufgaben, Rechte und Pflichten externer Ombudspersonen	1360
4. Einzelfragen	1363
a) Umgang mit anonymen Hinweisen	1364
b) Rechtsrat durch Ombudspersonen	1364
II. Andere Hinweisgebersysteme	1365
1. Allgemeines zu IT-basierten Systemen	1365

2. Vor- und Nachteile elektronischer Meldesysteme	1366
3. Zustimmungspflichten durch den Betriebsrat	1368
5. Kapitel. Compliance Überwachung und Assurance	1369
§ 44. IT-Lösungen in der Praxis	1369
A. Nutzen-Analyse von IT-Lösungen	1371
I. Einleitung	1371
II. Notwendigkeit von IT-Lösungen	1373
III. Welche Unternehmen benötigen solch eine Lösung?	1373
IV. IT-Lösungen für Interne Kontrollsysteme	1375
1. Managementaufgaben	1375
2. Ein internes Kontrollsystem wird umgesetzt durch geeignete Unterstützungssysteme	1377
B. Chancen und Risiken durch IT-Technologien und IT-Lösungen	1377
I. Data Analytics	1378
1. Chancen	1378
2. Risiken	1378
II. Künstliche Intelligenz (AI/KI) als IT-Lösungen	1379
1. Chancen	1379
2. Risiken	1381
III. E-Discovery-Tools	1381
IV. Cloud-Technologie	1382
1. Chancen	1382
2. Risiken	1382
V. Anti-Geldwäsche (AML) Software	1382
VI. Datenschutz-Software	1382
1. Chancen	1382
2. Risiken	1383
VII. Whistleblower-Software	1383
1. Chancen	1383
2. Risiken	1383
VIII. Hinweisgebersysteme	1383
IX. Vertragsmanagement	1385
X. Digitale Signatur	1386
XI. Beteiligungsmanagement	1387
XII. Aktenmanagement	1387
1. Chancen	1388
2. Risiken	1389
XIII. Geschäftsprozessmanagement/Business Process Management (BPM)	1389
XIV. Umfrage Software/Online-Befragung	1390
XV. Risikomanagement Systeme	1391
XVI. Compliance-Management-Systeme (CMS)	1392
XVII. Audits	1393
XVIII. Schulung/Moderne Wissensvermittlung/E-Learning	1393
XIX. Compliance Monitoring	1394
C. Epilog	1395
§ 45. Revision	1397
A. Einführung	1399
B. Grundlagen der Internen Revision	1399
I. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	1399
II. Aufsichtsrechtliche Grundlagen	1402

III. Deutscher Corporate Governance Kodex	1402
IV. Berufsrechtliche Standards	1403
C. Definition und Mission der Internen Revision	1404
D. Grundprinzipien der Internen Revision	1405
I. Unabhängigkeit, Objektivität und Integrität	1405
1. Unabhängigkeit	1405
2. Objektivität	1408
3. Integrität (Rechtschaffenheit)	1408
II. Sachkunde und berufübliche Sorgfalt	1408
1. Sachkunde (Kompetenz)	1409
2. Berufübliche Sorgfalt	1409
3. Wirksame Kommunikation	1410
4. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit und Datenschutz	1411
III. Qualität und kontinuierliche Verbesserung	1412
IV. Ausrichtung an Strategie, Zielen und Risiken	1412
V. Aufschlussreichtum, Proaktivität und Zukunftsorientierung	1413
E. Gegenstand der Revisionstätigkeit	1413
I. Prüfungstätigkeit	1413
1. Zielsetzung	1413
2. Gegenstand	1414
II. Beratungstätigkeit	1417
III. Projektprüfung, -begleitung und -beratung	1418
1. Projektprüfung	1419
2. Projektbegleitung	1419
3. Projektberatung	1420
F. Aufgaben der Internen Revision	1420
I. Planung	1420
1. Prüfungsuniversum (Prüfungslandkarte)	1420
2. Prüfungsplanung	1421
II. Prüfungen / Beratungen	1423
1. Vorbereitung	1423
2. Durchführung	1424
III. Berichterstattung	1426
1. Prüfungsberichte	1426
2. Tätigkeitsberichte	1427
IV. Nachverfolgung (Follow-up)	1428
V. Qualitätssicherung und -verbesserung	1429
G. Angemessene Ressourcenausstattung	1431
H. Geschäftsordnung, Richtlinien und Verfahren der Internen Revision	1432
I. Auslagerung	1433
I. Auslagerung der Internen Revision	1433
II. Prüfung ausgelagerter Geschäftsprozesse	1433
J. Stellung der Internen Revision im Überwachungssystem	1435
I. Das Drei-Linien-Modell (Three Lines Model)	1435
II. Zusammenarbeit mit anderen Prüfungsdienstleistern	1437
1. Grundsätze	1437
2. Compliance-Funktion	1438
3. Risikomanagement-Funktion	1439
4. Abschlussprüfer	1440
K. Haftung	1441
I. Zivilrecht	1442
II. Ordnungswidrigkeiten- / Strafrecht	1442

L. Herausforderungen für die Interne Revision	1443
I. Digitale Transformation	1444
1. Fortgeschrittene Datenanalysen	1445
2. Process Mining	1446
3. Robotic Process Automation	1446
4. Continuous Auditing	1447
II. Remote Prüfungsdurchführung	1448
III. Neuartige Prüfungsgegenstände	1449
1. Unternehmenskultur	1450
2. Robotic Process Automation	1451
3. Künstliche Intelligenz	1452
4. Nachhaltigkeit	1453
IV. Strategische Personalplanung und -entwicklung	1454
§ 46. Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit von Compliance-Management-Systemen	1457
A. Compliance-Management-Systeme und erste Überlegungen zu ihrer Wirksamkeit	1457
B. Einbettung von Compliance-Management-Systemen in interne Kontroll- und Risiko-Management-Systeme	1459
C. Die Grundelemente von Compliance-Management-Systemen	1461
I. Compliance-Kultur	1461
II. Compliance-Ziele	1462
III. Compliance-Risiken	1462
IV. Compliance-Programm	1462
V. Compliance-Organisation	1463
VI. Compliance-Kommunikation	1464
VII. Compliance-Überwachung und -Verbesserung	1465
D. Die Dokumentation von Compliance Management Systemen	1465
E. Die Prüfung von Compliance Management Systemen im Hinblick auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit	1466
I. Die Prüfung der Angemessenheit eines Compliance-Management-Systems	1467
II. Die Prüfung der Wirksamkeit eines Compliance-Management-Systems	1469
F. Die Wirtschaftlichkeit von Compliance-Management-Systemen	1469
I. Aufbau- und ablaufbezogene Effizienzpotenziale	1470
II. Weitere Integration der „Second Line“	1471
§ 47. Internal Investigations – Interne Untersuchungen im Unternehmen	1473
A. Geschichte und Herkunft von „Internal Investigations“	1476
B. Problematik der internen Untersuchungen	1478
C. Recht oder Pflicht zu internen Untersuchungen?	1479
I. In den USA börsennotierte Unternehmen	1479
II. Geschäftstätigkeit deutscher Unternehmen im Vereinigten Königreich	1480
III. Geschäftstätigkeit deutscher Unternehmen in Österreich	1481
IV. Unternehmen in Deutschland ohne Auslandsbezug	1482
V. Ausblick	1483
D. Rechtliche Grundlagen der internen Untersuchungen	1484
I. Unterlagen-, EDV- und E-Mail-Auswertung	1485
1. Datenschutz im Einzelnen	1485
2. Dienstliche Unterlagen, Dateien und E-Mails	1486
3. Private Unterlagen und Dateien	1486
a) Vom Arbeitgeber erlaubte Privatnutzung	1487

aa) Der unverdächtige Arbeitnehmer	1487
bb) Der verdächtige Arbeitnehmer	1487
b) Vom Arbeitgeber verbotene Privatnutzung	1487
aa) Der unverdächtige Arbeitnehmer	1487
bb) Der verdächtige Arbeitnehmer	1488
4. Durchsuchung und Beweissicherung in Büroräumen des verdächtigen Arbeitnehmers	1488
5. Bindung an das Fernmeldegeheimnis bei erlaubter privater Internet- und E-Mail-Nutzung	1488
II. Mitarbeiterbefragung	1489
1. Teilnahmepflicht	1489
2. Auskunftspflichten	1490
a) Auskunftspflicht innerhalb des vertraglichen Aufgabenbereichs	1490
b) Auskunftspflicht außerhalb des vertraglichen Aufgabenbereichs	1490
c) Auskunftspflicht bei Selbstbelastung	1491
aa) Innerhalb des eigenen Aufgabenbereichs	1491
bb) Außerhalb des eigenen Aufgabenbereichs	1492
d) Auskunftspflicht gegenüber Dritten	1492
e) Whistleblowing	1492
3. Verwertbarkeit der Aussage im Strafverfahren und Beschlagnahme	1493
4. Amnestiezusagen	1494
5. Durchführung der Mitarbeiterbefragung	1496
6. Beteiligung des Betriebsrats	1497
7. Dokumentation	1498
8. Verteidigung oder Zeugenbeistand des Mitarbeiters	1499
E. Mitwirkende Personen – Rechtsstellung und Funktion	1500
I. Unternehmensanwalt/-verteidiger	1500
II. Projektleiter und Projektteam	1501
III. Geschäftsleitung/Vorstand	1502
IV. Revision	1502
V. Rechtsabteilung	1503
VI. Compliance-Abteilung	1503
VII. Anwälte der betroffenen Mitarbeiter	1504
VIII. Berater aus anderen Rechtsgebieten	1505
F. Organisation der internen Untersuchungen	1506
I. Ausgangssituation – Analyse und Erkennen	1506
II. Arbeitsplan und Projektorganisation	1506
1. Planung und Organisation nationaler interner Untersuchungen	1506
2. Planung und Organisation bei Auslandsbezug	1507
III. Durchführung	1508
1. Beweissicherung	1508
a) Geschäftsunterlagen und Dokumente	1508
b) Mitarbeiterbefragung	1509
aa) Vorbereitung der Befragung	1509
bb) Befragung und Vernehmungslehre	1510
cc) Dokumentation	1511
2. Auswertung	1512
3. Strategiefindung	1512
IV. Verlaufskontrolle	1512

G. Ergebniszusammenfassung	1513
I. Abschlussbericht	1513
II. Konsequenzen	1514
H. Strafbarkeitsrisiken interner Ermittler	1515
I. Amtsanmaßung und Nötigung	1515
1. Amtsanmaßung (§ 132 StGB)	1515
2. Nötigung (§ 240 StGB)	1516
II. Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203 StGB)	1517
III. Parteiverrat (§ 356 StGB)	1518
IV. Strafbarkeit durch Zugriff auf Arbeitnehmerdaten	1520
V. Grenzen der Arbeitnehmerüberwachung	1521
I. Besonderheiten bei Auslandsbezug	1521
I. Externe Ermittler	1522
1. Ermittlungen durch SEC und DOJ	1522
2. Ermittlungen des SFO	1523
II. Ausländisches Recht	1524
1. US-Recht	1524
a) Materielles Recht – ein Überblick	1524
b) Verfahrensrechtliche Besonderheiten	1525
2. UK Bribery Act	1525
III. Kooperation in Auslandsfällen	1526
J. Beteiligung der Strafverfolgungsbehörden	1527
I. Kontakt und Kooperation mit der Staatsanwaltschaft	1527
II. Ermittlungsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft	1529
III. Verständigung	1529
K. Umgang mit den Medien	1530
§ 48. Compliance Monitorships	1533
A. Einführung – Eine praxisorientierte Darstellung von Monitorships nach Verstößen gegen den U. S. Foreign Corrupt Practices Act	1533
B. Der Compliance Monitor im Sanktionssystem des U. S. FCPA	1535
C. Die Verhängung eines Compliance Monitorships	1535
D. Der Monitor als unabhängiger Akteur	1536
E. Auswahl des Compliance Monitors	1537
F. Regelung des Verhältnisses zwischen Unternehmen und Monitor	1538
G. Vorbereitung des Unternehmens auf das Compliance Monitorship	1538
H. Prüfungshandlungen des Monitors und Zertifizierung	1539
I. Interaktion des Unternehmens mit dem Monitorteam	1543
J. Schlussfolgerungen	1543
§ 49. Messbarkeit von Compliance aus Unternehmenssicht	1545
A. Einleitung	1546
B. Vorteile der Messung	1547
C. Rahmenbedingungen für die Messung eines Compliance-Programms aus Sicht eines internationalen Konzerns	1548
I. USA	1549
1. US Sentencing Guidelines (USSG)	1549
2. US Department of Justice – Evaluation of Corporate Compliance Programs	1550
3. OIG HHS – Measuring Compliance Program Effectiveness: A Resource Guide	1553
II. Vereinigtes Königreich	1555
1. UK Bribery Act 2010 und die Leitlinien zum Bribery Act	1555
2. SFO – Operationelle Leitlinien zur Bewertung eines Compliance-Programms	1556

III. ISO Standards	1556
IV. Schlussfolgerungen	1559
D. Methoden zur Messung von Compliance-Programmen in der Unternehmenspraxis	1560
I. Vorschlag für ein Messmodell anhand eines unternehmensinternen Ansatzes	1561
1. Vorbemerkung	1561
2. Thematischer Anwendungsbereich	1562
3. Dimensionen einer Messung	1563
4. Compliance-Erfolg	1564
5. Bezugspunkte für den Compliance-Erfolg	1566
6. Maturitätsmessung	1568
7. Effektivitätsmessung	1571
a) Statistische Datenanalyse	1572
b) Kultur	1574
8. Leistungsindikatoren & Scoringmodell	1576
II. Zusammenfassung	1577
3. Abschnitt. Branchenspezifische Compliance Organisation	1579
§ 50. Compliance in Verbänden	1579
A. Einleitung	1582
I. Die Vielseitigkeit der Verbandslandschaft	1582
II. Besonderheiten der Verbands-Compliance	1583
III. Die verschiedenen Compliance-Rollen von Verbänden	1584
IV. Die wachsende Bedeutung von Verbands-Compliance	1584
B. Die Compliance-Verantwortlichkeiten im Verband	1586
I. Die (externe) Compliance-Verantwortung des Verbands für seine Mitarbeiter und „Vereinsglieder“	1586
1. Compliance-Verantwortung für Verbandsmitarbeiter	1586
a) Ordnungswidrigkeitenrechtliche Compliance-Haftung des Verbands	1587
aa) Compliance-Verstöße des gesetzlichen Vorstands	1587
bb) Compliance-Verstöße des besonderen Vertreters	1588
cc) Compliance-Verstöße sonstiger Mitarbeiter (in leitender Funktion)	1588
b) Zivilrechtliche Compliance-Haftung des Verbands	1589
aa) Compliance-Verstöße des gesetzlichen Vorstands	1589
bb) Compliance-Verstöße „anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter“	1590
cc) Compliance-Verstöße sonstiger Mitarbeiter	1591
2. Compliance-Verantwortung des Hauptvereins für seine Untergliederungen	1592
a) Compliance-Grenzen bei rechtlicher Selbständigkeit einer Untergliederung	1592
aa) Abgrenzung Zweigverein – unselbständige Verwaltungsstelle	1593
bb) Compliance-Pflichten des Hauptvereins gegenüber seinen Zweigvereinen	1594
b) Auflösung von Compliance-Grenzen durch die sog. Fiktionshaftung?	1595
3. Compliance-Verantwortung für Verbandsmitglieder	1595
4. Compliance-Verantwortung für Beteiligungsgesellschaften ..	1596

II. Die persönliche Compliance-Verantwortlichkeit der Verbandsmitarbeiter	1597
1. Gesetzlicher Vorstand	1598
a) Compliance-Innenhaftung	1598
b) Haftungsbeschränkung bei Ehrenamtlichkeit	1599
c) Haftungsbeschränkung durch Vereinbarung	1600
d) Verantwortungsdelegation	1600
aa) „Organschäflliche“ Delegation	1602
bb) „Einfache“ Delegation	1604
cc) „Einfache“ Aufgabendelegation auf vereinsexterne Dritte	1605
e) Abschluss einer D&O-Versicherung	1605
f) Compliance-Außenhaftung und straf-/bußgeldrechtliche Verantwortung	1606
2. Fakultative Leitungsorgane („Verbandsgeschäftsführer“)	1608
3. Sonstige Mitarbeiter (Compliance-Beauftragte)	1609
C. Verbandsspezifische Compliance-Schwerpunkte	1610
I. Beachtung des externen und internen Vereinsrechts	1611
II. Verbandskartellrecht	1612
1. Übersicht	1612
a) Kartellrechtliche Ausfallhaftung	1612
b) Verschuldensunabhängige Gesamtvereinshaftung	1614
aa) Haftung des Hauptvereins für Kartellverstöße von Zweigvereinen	1614
bb) Haftung des Zweigvereins für Kartellverstöße des Hauptvereins	1615
c) Persönliche Haftung von Verbandsleitern und -mitarbeitern	1616
d) Kartellrechts-Compliance	1616
2. Kartellrechtliche Risikobereiche und Orientierungshilfen	1617
a) Marktgespräche	1617
b) Marktinformationssysteme	1619
c) Verbandsempfehlungen	1620
d) Selbstverpflichtungen	1620
e) Einkaufskooperationen	1621
f) Standards und Normung	1621
g) Nachhaltigkeitsvereinbarungen	1622
h) Verbände in marktbeherrschender Stellung – Messen und Vereinsaufnahme	1623
III. Zuwendungen anlässlich der Verbandsarbeit	1623
1. Übersicht	1623
2. Zuwendungen an Amtsträger	1624
a) Strafrecht	1624
b) Internes Dienstrecht	1625
3. Bestechung von Mandatsträgern	1626
IV. Steuerrechts-Compliance	1627
1. Gemeinnützige Vereine	1627
a) Mittelverwendungsgebot	1627
b) Vorstandsvergütung	1627
c) Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	1628
d) Steuerrisiko durch allgemeinpolitische Betätigung	1629
2. Berufsverbände	1630
a) Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	1630

b) Spenden an politische Parteien	1633
c) Steuerrisiko durch allgemeinpolitische Betätigung	1633
V. Datenschutz-Compliance	1634
1. Übersicht	1634
2. Bestellung eines Datenschutzbeauftragten	1635
3. Organisation (gemeinsamer) elektronischer Datenbanken	1636
4. Offene E-Mail-Verteiler	1637
5. Herausgabe von Mitgliederlisten	1638
a) Herausgabe an Vereinsmitglieder	1638
b) Herausgabe an Gremienmitglieder	1639
c) Herausgabe an den Haupt- oder Dachverband	1639
d) Herausgabe an Vereinsexterne	1639
VI. Urheberrechts-Compliance	1639
VII. Transparenzpflichten	1640
1. Lobbyregistergesetz	1640
2. Transparenzregister nach dem Geldwäschegesetz	1641
D. Schlusswort	1642
§ 51. Compliance in der Banken- und Wertpapierdienstleistungsbranche	1645
A. Einleitung	1646
I. Die Compliance-Definition im Finanzmarktrecht	1646
II. Die Entwicklungsstufen der Compliance-Funktion	1651
III. Regelungssystematik	1654
B. Compliance-Maßnahmen	1657
I. Evidenz über die zu beachtenden Pflichten	1657
II. Compliance-Abteilung	1658
1. Aufgaben	1658
a) Monitoring	1659
aa) Erkennen, Lösen und Offenlegen von Interessenkonflikten	1659
bb) Erkennen von Verstößen gegen das Insiderrecht	1661
cc) Transaktionsmonitoring bei Geschäften in Finanzinstrumenten	1662
dd) Geldwäsche-, Terrorismusfinanzierungs- und Betrugs- Monitoring	1663
b) Identifizierung, Beurteilung und Steuerung von Compliance-Risiken	1664
c) Risikoreporting	1666
d) Beratung und Unterrichtung	1667
aa) Beratung	1667
bb) Unterrichtung durch Schulung von Mitarbeitenden ...	1668
cc) Unterrichtung durch Verfassung interner Regelungen	1669
e) Nachhaltigkeitsaspekte	1669
f) Beschwerdebearbeitung	1669
g) Behördenkontakt	1670
2. Aufbau und Struktur	1671
a) Abgrenzung zu anderen Abteilungen	1672
b) Unabhängigkeit	1672
c) Hierarchische Ansiedlung	1673
d) Zugangsrechte	1674
e) Compliance im Konzern	1674

§ 52. Compliance in der Versicherungswirtschaft	1675
A. Europäische Versicherungscompliance	1678
I. Bedeutung und Entwicklung der Versicherungscompliance	1678
1. Bedeutung	1678
a) Rechtsprodukt	1678
b) Vertrauensprodukt	1678
2. Entwicklung	1678
a) Regulierung	1678
b) Beaufsichtigung	1679
II. Regulierungsebenen	1680
III. Rechtsquellen	1681
1. Europäisches Recht	1681
2. Nationales Recht	1682
3. Rechtsprechung	1682
4. Unternehmensinnenrecht	1682
B. Compliance-Pflicht und Compliance-Verantwortung	1683
I. Compliance-Pflicht der Versicherungsunternehmen	1683
1. Unternehmensindividuelle Compliance	1683
2. Konzern-Compliance	1683
II. Compliance-Verantwortung des Vorstands	1684
1. Gesellschaftsrechtliche Anforderungen	1684
2. Legalitätspflicht	1684
3. Aufsichtsrechtliche Legalitätspflicht	1685
4. Rechtlicher Rahmen	1685
5. Organisationsfreiheit	1686
C. Aufsichtsrechtliche Regulierung der Compliance	1687
I. Regulierungsziele des Aufsichtsrechts	1687
II. Europarechtliche Vollharmonisierung	1687
III. Europarechtliche Auslegung	1687
IV. Prinzipienbasierte Regulierung	1688
V. Verhältnismäßigkeit und Proportionalität	1688
D. Vorgaben für die Unternehmensorganisation	1689
I. Governance	1689
1. Personenbezogene Anforderungen	1690
2. Vergütung	1691
3. Risikomanagement	1691
4. Internes Kontrollsystem	1691
5. Interne Revisionsfunktion	1692
6. Versicherungsmathematische Funktion	1692
7. Outsourcing	1692
II. Geschäftsorganisation	1692
1. Versicherungsvertrieb	1692
2. Hinweisgeber	1693
3. Vergütung	1693
4. Kreditwürdigkeitsprüfung	1693
5. Geldwäscheprävention	1694
6. bAV	1694
7. IT	1694
III. Funktionsorientierte Regulierung	1694
E. Aufsichtsrechtliche Regulierung der Compliance-Funktion	1695
I. Relevante Regelungen	1695
II. Die vier Teilfunktionen	1696
III. Tätigkeitsgebiet	1696

IV. Operative Anforderungen	1697
1. Überwachungsaufgabe	1697
2. Das Modell der Drei Verteidigungslinien	1698
3. Beratungsaufgabe	1698
4. Frühwarnaufgabe	1699
5. Risikokontrollaufgabe	1699
V. Organisatorische Anforderungen	1700
1. Wirksamkeit	1701
2. Organisationsstruktur und Aufgabenwahrnehmung	1701
a) Objektivität, Fairness und Unabhängigkeit	1702
b) Autorität, Ressourcen und Fachkunde	1703
3. Compliance-Berichte	1704
a) Adressaten	1704
b) Inhalt und Aufbau	1705
c) Berichtsturnus	1705
d) Form	1706
§ 53. Compliance in der pharmazeutischen Industrie	1707
A. Einleitung	1708
B. Korruption	1709
I. Rechtlicher Rahmen	1709
1. Korruption im Öffentlichen Dienst	1710
2. Korruption im allgemeinen Wettbewerb	1711
3. Rechtslage bei Kassenärzten	1711
II. Lösungsansatz Ethikrichtlinien	1712
1. Trennungsprinzip	1713
2. Transparenzprinzip	1713
3. Dokumentationsprinzip	1714
4. Äquivalenzprinzip	1714
III. Interne Organisation	1714
1. Praktische Konsequenzen aus den vier Prinzipien	1714
a) Trennungsprinzip	1714
b) Transparenzprinzip	1715
c) Dokumentationsprinzip	1715
d) Äquivalenzprinzip	1715
2. Zentrales Vertragsmanagement	1716
3. Dienstanweisung und Mitarbeiterschulung	1717
IV. Einzelfälle	1717
1. Auftragsvergaben	1718
a) Studien und klinische Prüfungen	1718
b) Anwendungsbeobachtungen	1719
c) Beraterverträge	1719
d) Referententätigkeit	1720
2. Geräteüberlassung	1720
3. Fachliche Fortbildung	1721
a) Aktive Teilnahme	1722
b) Passive Teilnahme	1722
c) Bücher und Zeitschriften	1722
4. Sponsoring	1723
5. Spenden	1723
6. Geschenke	1724
7. Bewirtung	1725
C. Betrug und Untreue	1725

D. Produktsicherheit	1726
I. Rechtlicher Rahmen	1726
1. Produkthaftung	1727
2. Besondere Überwachungsvorschriften	1727
a) Europäisches Arzneimittelrecht	1727
b) Deutsches Arzneimittelrecht	1728
II. Organisatorische Maßnahmen	1728
1. Stufenplanbeauftragter	1728
2. Schulung der Pharmareferenten	1728
3. Qualitätssicherungssystem	1729
§ 54. Compliance in der chemischen Industrie	1731
A. Einleitung	1731
B. Internationale Gesetzgebung in der chemischen Industrie	1732
C. Gesetzgebung in der EU und in Deutschland	1735
D. Organisation der Produkt-Compliance	1742
§ 55. Compliance in der Kreislauf- und Abfallwirtschaft	1747
A. Einführung	1749
B. Abfallrechtliches Regelungsregime	1750
I. Überblick	1750
1. Europarecht	1750
2. Bundesrecht	1751
3. Landesrecht	1751
4. Kommunalrecht	1751
5. Konkret-individuelle administrative Vorgaben	1751
II. Systemscheidungen	1752
1. Abfall oder Produkt	1752
2. Verwertung oder Beseitigung	1754
III. Grundpflichten	1754
1. Vermeidung	1755
2. Verwertung und Beseitigung	1755
IV. Produktverantwortung	1756
C. Haftung	1758
I. Verwaltungsrecht	1758
II. Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	1760
1. Straftatbestände	1760
a) § 326 StGB	1760
b) § 327 StGB	1761
c) §§ 18a, 18b AbfVerbrG	1761
2. Ordnungswidrigkeitentatbestände	1762
3. Exkurs: Rechtsfolgen im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	1762
a) Rechtsfolgen für den Betroffenen	1762
aa) Im Strafrecht	1762
bb) Im Ordnungswidrigkeitenrecht	1764
b) Rechtsfolgen für das Unternehmen	1764
III. Zivilrecht	1765
D. Regelungen mit Organisationsbezug	1766
I. Anzeige- und Mitteilungspflichten nach § 58 KrWG	1766
1. Anzeige der verantwortlichen Person	1766
2. Mitteilung betriebsorganisatorischer Maßnahmen	1766
II. Sonstige Anzeige-, Mitteilungs- und Dokumentationspflichten	1767
1. Nachweis- und Registerpflichten	1767

2. Anzeigepflichten nach § 53 KrWG	1767
3. Sonstiges	1768
III. Betriebsbeauftragter für Abfall	1768
IV. Zertifizierungsfähige Umweltmanagementsysteme	1769
1. EMAS	1770
2. ISO	1771
3. Entsorgungsbetrieb	1771
a) Anforderungen an die betriebliche Organisation	1771
b) Anforderungen an die personelle Qualifikation	1772
c) Zertifizierung	1772
4. Fazit	1772
E. Betriebsorganisation	1772
I. Identifikation abfallrelevanter Risikobereiche	1773
II. Information und Kommunikation	1773
III. Ressortierung	1773
IV. Delegation	1774
V. Drittbeauftragung („Externe Delegation“)	1774
VI. Maßnahmen beim Einsatz von Sekundärrohstoffen und Ersatzbrennstoffen	1774
VII. Maßnahmen gegenüber Lieferanten	1775
VIII. Abfallwirtschaftskonzepte und Abfallbilanzen	1775
IX. Umweltkrisenstab	1776
X. Versicherung	1776
XI. Dokumentation	1776
F. Fazit	1776
§ 56. Unfall- und Gefährdungsprävention am Bau	1779
A. Einführung	1781
B. Normative Vorgaben zur Verkehrssicherung auf Baustellen	1782
I. Europarechtliche Vorgaben	1782
II. Öffentlich-rechtliche nationale Schutzvorschriften	1782
1. Staatliche Arbeitsschutzvorschriften	1783
2. Unfallverhütungsvorschriften	1785
3. Sicherheitstechnische Vorschriften	1785
III. Technische Normen	1786
C. Haftung bei Unfällen am Bau	1786
I. Strafrechtliche Haftung	1786
1. Straf- und Bußgeldtatbestände des öffentlichen Arbeitsschutzrechts	1786
2. Strafbarkeit nach §§ 222, 229 StGB	1787
3. Strafbarkeit wegen Baugefährdung (§ 319 StGB)	1788
II. Zivilrechtliche Haftung	1789
1. Vertragliche Haftung der Baubeteiligten	1789
2. Deliktische Haftung der Baubeteiligten	1790
a) Unternehmen allgemein	1790
b) Bauherr	1791
c) Bauunternehmen	1791
d) Generalunternehmer	1792
e) Projektleiter	1792
f) Architekt/Bauüberwacher	1793
g) Bauleiter nach LandesBauO	1794
3. Weitere deliktische Haftung	1795
4. Haftung im Verhältnis zu Arbeitnehmern	1795

5. Haftung gegenüber den Unfallversicherungsträgern	1796
6. Haftung in der Delegationskette	1796
D. Gefährdung am Bau	1797
I. Radonbelastung am Bau	1797
1. Einleitung	1797
2. Rechtlicher Hintergrund zu Radon	1797
3. Rechtliche Vorgaben bei Neubauten	1798
4. Rechtliche Vorgaben bei Bestandsbauten	1799
5. Rechtliche Vorgaben bei Arbeitsplätzen	1799
6. Haftungsproblematiken	1800
7. Ausblick zu Radon	1801
II. Trinkwasserleitungen	1801
1. Allgemeines zu Trinkwasserleitungen	1801
2. Haftungsproblematiken	1801
III. Arsen am Bau	1802
E. Elemente eines Compliance-Konzeptes	1803
I. Allgemeines	1803
II. Compliance-Managementsystem nach der DIN ISO 37301:2021-11	1803
III. Konkrete Haftungsvermeidungsstrategie auf Seiten der Bauherren	1804
IV. Konkrete Haftungsvermeidungsstrategie auf Seiten der ausführenden Bauunternehmen/Generalunternehmen	1807
V. Konkrete Haftungsvermeidungsstrategie auf Seiten der Architekten/Bauüberwacher	1810
F. Zusammenfassung	1812
§ 57. Digitale Dienste und E-Commerce	1815
A. Einleitung	1816
B. Der Digital Services Act	1817
I. Inkrafttreten, Gegenstand und Geltungsbereich	1817
II. Haftungsprivilegierung der Hostingprovider	1817
1. Überblick	1817
2. Grundsatz und Ausnahmen	1818
3. Keine allgemeine Überwachungspflicht	1819
4. Rechtsprechung	1819
III. Sorgfaltspflichten	1819
1. Überblick	1819
2. Bestimmungen für alle Anbieter von Vermittlungsdiensten	1820
3. Zusätzliche Bestimmungen für Hostingprovider	1821
4. Zusätzliche Bestimmungen für Anbieter von Online-Plattformen	1821
5. Zusätzliche Bestimmungen für B2C-Online-Marktplätze	1823
6. Zusätzliche Bestimmungen für Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen	1824
IV. Umsetzung, Sanktionen und Durchsetzung	1824
C. Fernabsatzrecht und elektronischer Geschäftsverkehr	1825
I. Anwendungsbereich	1825
II. Informations- und Belehrungspflichten	1827
1. Vorabinformationen	1827
a) Die wesentlichen Pflichtangaben	1827
b) Kommunikationszeitpunkt	1830
c) Fernabsatzrechtliches Transparenzgebot	1831
2. Pflicht zur Bestätigung des Vertrages	1831

III. Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	1832
1. Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	1832
2. Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	
(§ 312j BGB)	1833
a) Bestätigung der Entgeltspflicht (Button-Lösung)	1833
b) Information über wesentliche Vertragsэлеmente	1834
c) Lieferbeschränkungen/akzeptierte Zahlungsmittel	1834
3. Weitere Pflichten im E-Business	1834
a) Hinweis auf enthaltene Umsatzsteuer und sonstige	
Preisbestandteile	1834
b) Online-Streitbeilegung nach der ODR-VO	1835
c) Alternative Streitbeilegung nach § 36 VSBG	1835
IV. Risiken bei Pflichtverstößen	1836
1. Vertragliche Risiken des Unternehmens	1836
2. Wettbewerbsrechtliche Haftungsrisiken	1836
a) Nicht ordnungsgemäße Information über das	
Widerrufsrecht	1837
b) Im Übrigen nicht ordnungsgemäße Kundeninformation ..	1837
c) Wettbewerbsrechtliche Relevanz und Bagatellgrenze	1838
d) Anspruchsberechtigungen	1838
§ 58. Compliance-Pflichten des Immobilienmaklers	1841
A. Antigeldwäsche	1842
I. Einleitung	1842
II. Geldwäsche, Terrorismusbekämpfung – Grundlagen und	
Definitionen	1845
1. Definition Geldwäsche	1845
2. Definition Terrorismusfinanzierung	1845
3. Gesetzliche Grundlagen: Pflichten und Rechtsfolgen	1846
a) Geldwäschegesetz (GwG)	1846
b) Strafgesetzbuch (StGB): Geldwäschetatbestand	1848
c) Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG):	
Organisations- und Kontrollpflichten	1848
4. „Know-your-Customer“-Prinzip	1848
III. Pflichten des Geldwäschegesetzes	1848
1. Risikomanagement	1850
a) Risikoanalyse	1850
b) Interne Sicherungsmaßnahmen	1851
aa) Ausarbeitung von internen Grundsätzen, Verfahren und	
Kontrollen	1851
bb) Bestellung eines Geldwäschebeauftragten und seines	
Stellvertreters (§ 7 GwG)	1852
cc) Schaffung von gruppenweiten Verfahren (§ 9 GwG) ..	1852
dd) Zuverlässigkeitsprüfung und Unterrichtungspflicht	1852
2. Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden – Know your	
Customer	1853
a) Identifizierung im Allgemeinen	1853
aa) Identifizierung des Vertragspartners und der ggf.	
auftretenden Person	1854
bb) Zeitpunkt der Identifizierung	1854
cc) Art und Weise der Identifizierung	1855
(1) Natürliche Personen	1855
(2) Abwesende natürliche Personen	1856

(3) Juristische Personen, Personenhandelsgesellschaften etc	1856
(4) Praxishinweise zur Identifizierung	1857
b) Absehen von der Identifizierung	1858
c) Ermittlung und Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten	1858
d) Exkurs: Transparenzregister	1860
e) Politisch exponierte Person als Vertragspartner/ wirtschaftlich Berechtigter	1861
f) Überwachung der Geschäftsbeziehung	1862
g) Kooperation des Maklerkunden	1863
h) Vereinfachte und verstärkte Sorgfaltspflichten (§§ 14, 15 GwG)	1863
aa) Vereinfachte Sorgfaltspflichten (§ 14 GwG)	1864
bb) Verstärkte Sorgfaltspflichten (§ 15 GwG)	1864
(1) Politisch exponierte Personen (PeP)	1864
(2) Drittstaat mit hohem Risiko	1865
cc) Auffälliges vermitteltes Rechtsgeschäft (Transaktion) ..	1865
i) Aufzeichnung und Aufbewahrung (§ 8 GwG)	1866
j) Kontrollmechanismen	1867
3. Meldepflichten und Verdachtsfälle	1868
a) Meldepflicht	1868
b) Verdachtsfälle	1868
c) Zeitpunkt und Form der Verdachtsmeldung	1869
d) Konsequenzen einer Verdachtsmeldung (§§ 46, 47 Abs. 1 GwG)	1870
IV. Folgen unterlassener Pflichten nach dem GwG	1870
B. Das Widerrufsrecht des Verbrauchers bei Maklerverträgen	1870
I. Einleitung	1870
II. Voraussetzungen	1871
III. Maklerpflicht gegenüber Verbrauchern: Belehrung über das Widerrufsrecht	1871
IV. Rechtsfolgen einer korrekten Belehrung über das Widerrufsrecht	1872
V. Rechtsfolgen einer falschen oder fehlenden Belehrung über das Widerrufsrecht	1872
VI. Folgen des Widerrufs	1872
§ 59. Compliance im Transportgewerbe	1875
A. Einleitung	1876
B. Haftungsrisiken beim Landtransport	1877
I. Grundlagen der Haftung	1877
1. Nationale Transporte	1877
2. Internationale Transporte	1879
3. Gefahrguttransporte	1880
II. Haftungsbegrenzungen	1880
1. Gesetzliche Haftungsbegrenzungen	1880
2. Vertragliche Haftungsbegrenzungen	1881
III. Durchbrechung der Haftungsbegrenzungen	1881
1. Vorsätzliche Schadensverursachung	1882
2. Leichtfertige Schadensverursachung	1882
3. Grobes Organisationsverschulden	1883
4. Haftungseinschränkung durch Mitverschulden	1884
a) Mitverschulden wegen unterlassener Wertdeklaration	1884

b) Mitverschulden aufgrund eines unterlassenen Hinweises eines drohenden ungewöhnlich hohen Schadens	1885
c) Mitverschulden wegen Kenntnis der mangelhaften Betriebsorganisation	1885
d) Mitverschulden wegen des Versands eines Gutes trotz Beförderungsausschluss	1885
5. Beweislastverteilung und Einlassungsobliegenheit	1886
C. Haftungsrisiken beim Lufttransport	1887
I. Grundlagen der Haftung	1887
II. Die Haftung nach dem Warschauer Abkommen	1887
III. Die Haftung nach dem Montrealer Übereinkommen	1888
D. Haftungsrisiken beim Seetransport	1890
E. Haftungsrisiken beim Binnenschifftransport	1893
F. Haftungsrisiken beim multimodalen Transport	1894
G. Haftungsvermeidung in der betrieblichen Praxis	1896
I. Betriebliche Organisation/Schnittstellenkontrollen	1896
II. Diebstahlschutz	1897
III. Separate Wertgutbeförderung	1897
IV. Beförderungsausschluss für bestimmte Güter	1898
V. Vertragliche Modifizierung der Haftungsregelungen	1898
VI. Eindecken eines ausreichenden Versicherungsschutzes	1899
§ 60. Compliance im Presse- und Verlagswesen	1901
A. Einleitung	1902
B. Rechtlicher Rahmen im Presse- und Verlagswesen	1902
I. Verlagsrecht	1903
1. Verlagsgesetz	1903
2. Verlagsvertrag	1903
3. Preisbindung von Verlagszeugnissen	1904
II. Presserecht	1904
1. Pressefreiheit	1904
2. Auskunftsansprüche der Presse	1906
3. Journalistische Sorgfaltspflichten bei der Berichterstattung	1906
4. Impressumspflicht und Haftungsverantwortung der Pressebeteiligten	1907
C. Journalistische Verhaltensgrundsätze	1909
D. Risikobereiche in Presse- und Verlagsunternehmen	1910
I. Pressedelikte	1910
1. Allgemeines	1910
2. Wesentliche Straftatbestände	1912
II. Presserechtliche Haftung	1913
1. Allgemeines zum Persönlichkeitsrecht	1913
2. Ansprüche des Betroffenen	1915
III. Wettbewerbsrechtliche Haftung	1916
1. Anzeigen	1916
2. Vertrieb	1917
IV. Kartellrechtliche Aspekte	1918
1. Kartellverbote	1918
2. Verbandskartellrecht	1919
3. Missbrauch marktbeherrschender Stellung	1919
4. Pressefusionskontrolle	1921
E. Haftungsvermeidung durch Organisation	1922
I. Unternehmensrichtlinien und Dienstanweisungen	1922

II. Mitarbeiterschulungen	1923
III. Lektorat	1923
IV. Vertragsmanagement	1924
V. Exkurs: Umgang mit der Presse im Krisenmanagement	1924
§ 61. Compliance in der Lebensmittelwirtschaft	1927
A. Einführung	1928
B. Rechtlicher Rahmen für Lebensmittel im Überblick	1930
C. Betriebsspezifische Compliance	1931
I. Lebensmittelrechtliche Verantwortung des Unternehmers	1931
II. Delegation der Verantwortung	1931
III. Einhaltung der Verantwortung	1932
1. Hersteller	1932
2. Importeur	1933
3. Großhändler	1933
4. Einzelhändler	1934
IV. Personal	1934
V. Betriebliche Registrierung bzw. Zulassung	1934
D. Produktspezifische Compliance	1935
I. Herstellungsvorschriften	1935
II. Behördliche Genehmigungen	1935
III. Herstellung nach HACCP	1936
IV. Sicherheit der Lebensmittel	1936
V. Sicherheitskriterien	1937
1. Gesundheitsschädlichkeit	1937
2. Ungeeignetheit	1938
3. Umsetzung in der Praxis	1938
VI. Täuschungsschutz und Kennzeichnung	1938
VII. Rückverfolgbarkeit	1940
VIII. Rückruf und Rücknahme	1940
E. Information und Kommunikation	1941
I. Informationsrecht und -pflicht der Behörde	1941
II. Informationspflicht des Lebensmittelunternehmers	1941
III. Informationsrecht des Verbrauchers	1942
F. Rechtlicher Rahmen für Lebensmittelbedarfsgegenstände im Überblick	1942
G. Rechtlicher Rahmen für Kosmetika im Überblick	1943
H. Krisenmanagement	1943
I. Grund für eine Krise	1944
II. Vorbereitung auf eine Krise	1944
1. Krisenteam	1944
2. Organisationshilfen des Krisenteams	1944
3. Umgang mit der Krisensituation	1945
4. Kommunikation	1945
III. Nach einer Krise	1946
I. Lebensmittelüberwachung	1946
I. Aufgaben	1946
II. Befugnisse	1946
1. Anordnungen	1947
2. Probennahme	1947
3. Persönliche Maßnahmen	1947
J. Zertifizierungen	1948

§ 62. Compliance im Messebereich	1949
A. Einleitung	1950
B. Rechtlicher Rahmen	1951
I. Öffentlich-rechtliche Vorschriften	1953
1. Gewerberecht	1953
2. Versammlungsrecht	1955
3. Baurecht	1956
4. Gaststättenrecht	1957
5. Straßen- und Straßenverkehrsrecht	1958
6. Jugendschutzrecht	1958
7. Vergaberecht	1959
8. Kartellrecht	1959
9. Künstlersozialversicherung	1960
10. GEMA	1960
II. Privatrechtliche Vorschriften	1960
1. Messegesellschaften	1961
2. Messeveranstalter	1961
3. Messedienstleister	1962
a) Standbau	1963
b) Standausstattung	1963
c) Standversorgung	1963
d) Transport	1963
e) Bewachung, Reinigung	1963
f) Gastronomie	1964
g) Zeitpersonal	1964
h) Messeberater	1964
i) Marktforschungsinstitute	1964
4. Aussteller	1964
5. Besucher	1965
III. Strafrechtliche Vorschriften	1966
1. Generelle Strafrechtsvorschriften	1966
2. Strafrechtliche Besonderheiten mit Blick auf Amtsträger	1966
C. Haftung	1967
I. Vertragliche Haftung	1968
1. Vertragliche Haftung	1968
2. Vorvertragliche Haftung	1968
3. Vertrag mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter	1969
II. Deliktische Haftung	1969
1. Unerlaubte Handlung	1969
2. Haftung für Verrichtungsgehilfen	1970
III. Organhaftung	1970
IV. Schadensersatz	1970
V. Haftungsbegrenzung	1970
VI. Versicherungen	1971
D. Risikobereiche in Messeunternehmen und Verhaltensgrundsätze	1972
I. Sicherheit und Ordnung	1972
II. Öffentlich-rechtliche Genehmigungen und Abgaben	1973
III. Vergabe von Aufträgen	1973
IV. Akquisitionen und Repräsentationen	1974
E. Haftungsvermeidung durch Organisation	1975
§ 63. Compliance in der Öffentlichen Verwaltung	1977
A. Einleitung	1977
B. Ausgangspunkt	1978

C. Das bestehende Regelwerk und Maßnahmen der Verwaltung	1979
I. Korruptionsprävention	1979
1. Richtlinie zur Korruptionsprävention	1980
a) Feststellung der besonders korruptionsgefährdeten Arbeitsgebiete	1980
b) Sicherungs- und Schutzmaßnahmen	1980
c) Antikorruptionsbeauftragte	1981
d) Hinweisgebende	1981
e) Leitfäden	1981
2. Rundschreiben zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken	1982
3. Zusammenarbeit mit der Wirtschaft	1982
II. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Förderung von Tätigkeiten des Bundes durch Leistungen Privater (Sponsoring, Spenden und sonstige Schenkungen)	1983
III. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Einsatz von außerhalb des öffentlichen Dienstes Beschäftigten (externen Personen) in der Bundesverwaltung	1983
D. Die Umsetzung des Regelwerkes	1984
I. Korruptionsprävention	1984
II. Sponsoring	1984
III. Externe Personen	1985
E. Compliance in der Praxis	1985
I. Interne Kontrollsysteme	1985
II. Gerichtliche Kontrolle	1986
F. Fazit	1987

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG